

100-Millionen-Nato-Bauprojekt Chancen für heimische Betriebe

MdL Mallmann fragte in Mainz nach Möglichkeiten

RHEIN-HUNSRÜCK. Die Nato-Baumaßnahmen bei Hasselbach, ein Großprojekt mit einem Volumen um die 100 Millionen DM, hat auch vorteilhafte Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt und die örtliche Bauwirtschaft. Um das Ausloten dieser Möglichkeiten bemühte sich CDU-Landtagsabgeordneter Walter Mallmann in einem Gespräch mit dem zuständigen rheinland-pfälzischen Finanzminister Dr. Carl-Ludwig Wagner, der auch gleichzeitig „Bauherr“ des Nato-Projektes im Hunsrück ist.

Mallmann: „Mir ging es darum, alle Vorteile, die sich aus einem solchen Vorhaben ergeben können, für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer kennenzulernen und natürlich auch zu nutzen.“

Der Minister habe, so Mallmann gegenüber der HZ, betont, daß die Baumaßnahmen für den großen, ersten Bauabschnitt mit einem Volumen von rund 40 Millionen DM aus technischen und zeitlichen Gründen nur im Zusammenhang erfolgen. Dies bedeute, wie Mallmann dazu erläuterte, daß die Vergabe wahrscheinlich en bloc erfolge. Minister Wagner dazu wörtlich:

„Das Ministerium der Finanzen hat aber dafür gesorgt, daß an dem Teilnehmerwettbewerb auch Bietergemeinschaften teilnehmen können. Dies ist geschehen, um auch Zusammenschlüssen leistungsfähiger mittelständischer Firmen eine Beteiligung an diesem umfangreichen und technisch schwierigen Bauwerk zu ermöglichen.

Ob sich mittelständische Firmen — und namentlich solche aus dem Bereich des Hunsrücks — finden werden,

die sich unter diesen Umständen am Wettbewerb beteiligen wollen, muß abgewartet werden. Das Ministerium der Finanzen hat jedenfalls sein Bestes getan, um die Möglichkeit zu eröffnen.“

Noch größere Chancen ergeben sich — dies ist die Ansicht des CDU-Landtagsabgeordneten Walter Mallmann — für mittlere und kleinere Firmen allerdings bei der Verwirklichung des weiteren, zur gleichen Zeit laufenden Bauabschnittes, in dessen Rahmen Gebäude und kleinere zur Infrastruktur gehörende Projekte des Gesamtvorhabens zählen.

Dazu erklärte Minister Dr. Wagner: „Es handelt sich hierbei um eine größere Zahl einzelner Vorhaben, die insgesamt ein Volumen von etwa 60 Millionen DM ausmachen, im einzelnen aber von ihrer Beschaffenheit und Größenordnung her mittelständische Firmen durchaus zugänglich sein dürften. Das Ministerium der Finanzen wird dafür Sorge tragen, daß Firmen aus dem Bereich des Hunsrücks bei diesen Maßnahmen eine faire Chance erhalten, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen. Die Ausschreibungen für diese Maßnahmen werden voraussichtlich im Herbst 1984 beginnen und sich dann über einige Zeit hinziehen.“

Aus der Sicht des Simmerner Abgeordneten bedeuten diese „Mainzer Aussagen“, daß sich hier eine reelle Chance zum Abbau der Arbeitslosigkeit im Rhein-Hunsrück-Kreis bietet. „Ich bin von der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Handwerks überzeugt“, so Mallmann, „die gegebenenfalls auch durch Arbeitsgemeinschaften noch vergrößert werden kann.“

07.08.1984

Leserbriefe

die hier veröffentlicht sind, stellen die Meinung des Einsenders dar. Wegen Anzahl und Umfang der Einsendungen behält sich die Redaktion in jedem Falle das Recht der sinnwahren Kürzung vor.

„Heimische Firmen müssen bevorzugt werden“

Zu: „100-Millionen-Nato-Projekt . . .“
(HZ vom 1. August 1984):

„Der Vorstoß von Walter Mallmann findet grundsätzlich meine Unterstützung. Wenn man uns schon im Hunsrück mit dieser Anlage belastet, sollte wenigstens die heimische Wirtschaft an der Ausführung der Baumaßnahmen beteiligt werden.

Mir ist aber bisher nicht bekannt geworden, daß ein hiesiges Unternehmen an den Arbeit teil hat oder teilhaben soll.

Vielmehr ist zu befürchten, daß Großunternehmen von außerhalb den Zuschlag erhalten, weil deren Wettbewerbsfähigkeit höher eingeschätzt wird, weil sie mehr Erfahrung auf diesem Gebiet haben, weil sie evtl. kostengünstiger arbeiten können, oder auch aus anderen Gründen.

Es reicht daher nicht aus, „daß Firmen aus dem Bereich des Hunsrücks bei diesen Maßnahmen eine faire Chance erhalten“ — wie Minister Wagner sagt,

sondern heimische Firmen müssen bei der Vergabe bevorzugt werden, weil ähnlich dem Zonenrandgebiet der hiesige Raum strukturell benachteiligt ist und durch das Natobauvorhaben auf Dauer möglicherweise in seinen Entwicklungsmöglichkeiten weiter benachteiligt wird.

Alle an der Entscheidung Beteiligten sollten dafür ihren Einfluß geltend machen. Formale Zwänge müssen im Hintergrund bleiben.

Im Zonenrandgebiet werden ansässige Betriebe bei der Vergabe von Aufträgen mit ähnlicher Begründung grundsätzlich bevorzugt.

Der heimischen Wirtschaft und dem heimischen Arbeitsmarkt würde eine Entlastung — wenigstens kurz- bis mittelfristig — sehr zugute kommen.

Dabei verbinde ich dies mit der Hoffnung, daß eines Tages bei einem Abbau dieser Anlagen Hunsrücker Firmen und Arbeitnehmer wieder durch bevorzugte Beteiligung Arbeit finden könnten.

Dietmar Tuld, Mitglied des Kreistages Rhein-Hunsrück.

„Die Gefahren wachsen weiter . . .“

Zu: „Wieder Ölalarm an der ehemaligen B-Battery!“ (HZ vom 27. Juli):

„Schlimm, was uns die Sicherung des Friedens nebenbei noch so alles beschert. Am 11. April 1983 lautete die Schlagzeile der HZ: „Als das Öl lief . . . standen die Amerikaner.“ Diesmal ist zu lesen, hätten sich die Amerikaner sehr hilfsbereit gezeigt. Was beim nächsten Mal passiert und wer wem wo hilft, wissen wir noch nicht. Vielleicht nimmt man dann alles selbst in die Hand, weil deutsche Behörden und Feuerwehrmänner keinen Zutritt mehr haben. Und die Hunsrücker werden erst dann etwas merken, wenn sie ihr Trinkwasser nur noch in Flaschen oder Behältern beziehen können. Man kann nur schlimmstes befürchten, wenn das größte Nato-Bauvorhaben der Welt abgeschlossen ist und statt ein paar Dutzend, ein paar Tausend Amerikaner mit entsprechend gewachsener „Ausrüstung“ wieder ein Stück Hunsrück in Beschlag nehmen.

Die Gefahren wachsen also — durch zunehmende (Öl)-Gefahrenquellen und durch ungeklärte Zuständigkeiten. Daß weder Kreisverwaltung, noch Landrat für die Atomraketen zuständig sind und bekanntlich auch nicht sein wollen, weiß wohl inzwischen jeder. Aber wenn es um Umweltschutz und Erhalt von Trinkwasser geht, kann man wohl verlangen, daß hier Interesse geweckt und Zuständigkeiten gefordert und nicht nur geklärt werden. Oder will man weiter „Gras drüber wachsen lassen“ und die Geduld

der Wähler strapazieren, bis diese nachhelfen? Hoffentlich kommt man auch einmal auf die Idee, alle anderen zum Schutz gedachten Objekte auf Umweltfreundlichkeit zu überprüfen. Die Ölsuren an der Raketenstation bei Dichtelbach und die dortige Verbrennung von Altreifen sind mir noch in Erinnerung. Wie hoch wird eigentlich die Dunkelziffer solcher Vorfälle geschätzt?

Noch nimmt die Mehrheit der Hunsrücker Bevölkerung all diese Vorfälle kopfschüttelnd und nichtstuend zur Kenntnis. Es gilt das vermeintlich bewährte Motto: „Do kenne mer jo doch nix mache“. Solidarität ist ja ein Fremdwort und „einer für alle, alle für einen“ erfordert scheinbar noch mehr Zwischenfälle. Jedoch darauf zu warten, bis jede Gemeinde geschädigt, und der letzte Bürger betroffen ist, können wir uns nicht leisten.

Was die Frage: „Wer sind denn die Leute da?“ und die Antwort: „Die sind bekannt“, angeht, so kann ich Herrn Baden sagen, daß er nicht alleine „bekannt“ ist. Auch ich, meine Ehefrau, und viele unserer Freunde sind sich sicher, ebenfalls „bekannt“ zu sein. Und es werden immer mehr! Nur muß man langsam begreifen, daß mit immer mehr „Bekannten“ der Aufwand an der falschen Stelle betrieben wird. Es gibt doch wirklich genug zu tun, Herr Landrat! Packen Sie's an der richtigen Stelle an.“

Michael Bollmann, Argenthal

03.08.1984

Kleinkrieg vor B-Battery Frauen kontra Polizisten

Zwanzig Demonstrantinnen wurden abgeführt

06.08.1984

-b. b.- HASSELBACH. Eine Frau wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen, bei 20 weiteren Frauen die Personalien festgestellt, keine Verletzten, kein größerer Sachschaden. So lautete gestern morgen das polizeilich-nüchterne Fazit der Einsatzleitung der Polizei zu einem Samstag an der B-Battery bei Hasselbach — ein Samstag, der allerdings etwas aufregender verlief, als es sich in der Polzeisprache anhört.

Das „Verrücken der Wirklichkeit“ hatten die Teilnehmer am Frauen-Widerstandscamp in Reckershausen mit einem „Aktionswochenende“ an der B-Battery auf Flugblättern angekündigt.

Verrückt wurde es dann tatsächlich. Aber die Wirklichkeit blieb. Oder doch nicht?

War das Hunsrück-Realität, was sich am Samstag vor dem mit Stacheldraht umzäunten Militärgelände abspielte. Plakate wurden gemalt, Parolen auf die Straße geschmiert, dumpfe Trommelklänge und Kriegsgesänge erklangen im Hunsrückwald. Karl-May-Festspiele an der B-Battery?

Sicherlich nicht!

Sonst wären die über 400 Polizisten, die aus Kasernen der Bereitschaftspolizei in Wengerohr, Mainz usw. herangezogen worden waren, wohl mehr als überflüssig gewesen. In der Hunsrückkaserne, wo die Einsatzleitzentrale der Polizei eingerichtet worden war, sah es am Samstag morgen aus, wie auf einer Sonderausstellung von Polizei-Fahrzeugen. Hundertschaften der Bereitschaftspolizei waren im Karree angetreten, grün war die herrschende Farbe auf dem sonst mehr von feldgrau bevölkerten Gelände der Hunsrück-Kaserne.

Bunter wurde es dann an der B-Battery bei Hasselbach, als etwa 200 Frauen des Widerstandscamps anrückten. Bemalt war wenig später nicht nur die Straße, bemalt, verumumt, maskiert waren auch die meisten Teilnehmerinnen an diesem „Aktionswochenende“.

Man beschränkte sich beiderseitig zunächst auf kleinere Geplänkel. Polizeitrupps zeigten Präsenz, marschierten am Anfang in regelmäßigen Abständen in die Frauengruppen, um einzelne Demonstrantinnen aus der Menge rauszulösen und mitzunehmen. Dies scheiterte oder die Bemühungen wurden schnell abgebrochen, wenn sich die Frauen aneinanderklammerten. Die Polizisten zogen sich wieder unter Gejohle, Gepfeife, Trommelklang und Schmährufen („Er ist nix, er kann nix, gebt ihm eine Uniform“) zurück — kamen wenig später wieder.

So ging es bis zum Nachmittag — bis es einer Gruppe von Frauen gelang, den Stacheldraht unmittelbar an der Straße — die äußere Grenze des Militärgeländes — zu überwinden und in das Vorgelände einzudringen, wo man sich zum „Ringelreihen“ formierte.

Die Polizei kam im Laufschrift, die Tanzrunde wurde aufgelöst, die Teilnehmer abgeführt zur Feststellung der Personalien.

Dies war denn auch gleichzeitig der Höhepunkt des „Aktionswochenendes“ für alle Akteure.

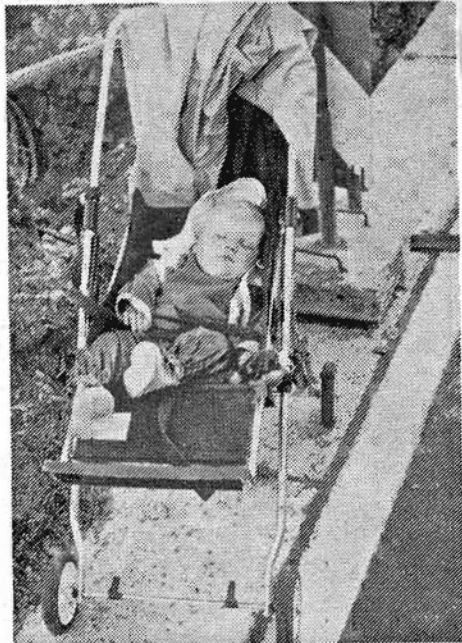
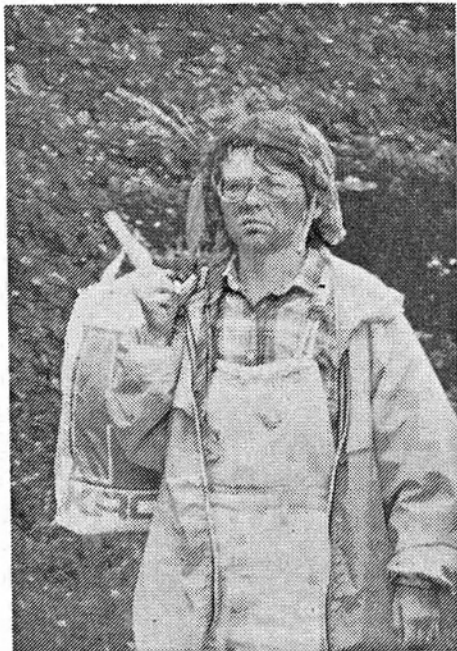
Wenig später löste sich die Demonstration auf, die Polizei zeigte ebenfalls geordneten Rückzug.

In der Nacht zum Sonntag, so wurde gestern gemeldet, blieb alles ruhig.

Außer Spesen nix gewesen?

Vielleicht beim nächsten Mal?

Die Hunsrücker lehnen dankend ab!



06.08. 1984

NR. 181 — MONTAG, 6. AUGUST 1984 (J)



Karneval im Hochsommer auf den Hunsrückhöhen. Diesen Eindruck vermittelten einzelne Demonstrantinnen beim „Aktions-Wochenende“ am Samstag an der B-Battery bei Hasselbach. Während der Säugling auf unserem Foto in der Mitte das Geschehen verschlief, gab es wenige Meter weiter Tränen, als die Polizei einzelne Demonstrantinnen zur Feststellung ihrer Personellen festnahm (viertes Bild von links).

Fotos: Dupuis/Baden



Vermummte Demonstrantin im Polizeigriff. Zwanzig Teilnehmerinnen wurden zur Feststellung der Personillen abgeführt – trauriger Höhepunkt des Aktions-Wochenendes.



Küßchen übern Stacheldraht. Die Lage an der B-Battery bei Hasselbach am Samstag war nie so ernst, als daß nicht auch gelacht werden durfte.

„Eine erschreckende Diskussion . . .“

Zu: Arbeitsplätze im Hunsrück durch Nato-Bauvorhaben:

„Die augenblickliche Diskussion um Aufträge an heimische Unternehmen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Raketenstützpunktes Hasselbach ist erschreckend. Nach dem Motto „Wenn schon die neuen US-Raketen bei uns im Hunsrück — dann sollen wir auch zumindest daran verdienen!“ werden viele arbeitslose Hunsrücker froh sein, einen Arbeitsplatz zu finden oder einen dringenden notwendigen Auftrag für ein Unternehmen einzuhandeln. Doch dies löst keinesfalls die arbeitsmarktpolitischen Probleme des Hunsrücks, ganz im Gegenteil.

Neue Atomraketen und weitere Ausrüstung, für die in Hasselbach allein 100 Millionen DM aufgewendet werden sollen, schaffen keinen einzigen sicheren Arbeitsplatz. Steigende Militärausgaben, und dies belegen Beispiele aus alter Welt, werden von der Bevölkerung, wenn nicht durch Menschenleben, so doch durch weiteren Sozial- und Bildungsabbau bezahlt.

Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als eine der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan.

Man muß sich nicht fragen, was an Beseitigung von Armut, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit langfristig mit dem für Hasselbach veranschlagten Betrag von 100 Millionen DM erreicht werden könnte. Keinen arbeitslosen Familienvater soll vorgehalten werden, wenn er sich freut, durch die Natobauvorhaben in Hasselbach wieder Arbeit gefunden zu haben. Aber Politikern, die eine solche

Politik des Sozialmilitarismus predigen, muß man doch vorhalten, daß sie aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt haben. Wieder einmal kommt der satte Bauch vor der Moral.

Norbert Neuser, Boppard, Mitglied des Kreistags.

Keine Chancen für Ungelernte?

Zu: „100-Millionen-Nato-Projekt . . .“ (HZ vom 1. 8. 84) und Leserzuschrift Tulli vom 3. 8. 1984:

„Auch ich bitte zu bedenken, daß das „Natobauvorhaben“ nicht die vielen Aufträge für Firmen im Hunsrück bringt, wie Herr Tulli ausführt — wohl aber potentiell tausendfachen Tod.

Falls wider Erwarten doch Hunsrücker Firmen den Zuschlag kriegen sollten, so werden die vorhandenen Maschinen und Arbeitskräfte eingesetzt. Die Kapazitäten sind z. Z. nicht ausgelastet. Sollten diese nicht ausreichen, so werden Fachkräfte eingestellt, wie mir ein Vertreter einer namhaften Baufirma versicherte.

Die Masse der Arbeitslosen aber machen gerade die ungelernten Kräfte aus. Herr Mallmann meint, „daß sich hier eine reelle Chance zum Abbau der Arbeitslosigkeit im Rhein-Hunsrück-Kreis bietet.“

Wie soll diesen Menschen eine Chance gegeben werden?“

G. Otto, Projekt: Arbeit mit Arbeitslosen — Ev. Erwachsenenbildungswerk Simmern.

07.08.1984

„Matriarchalische Urkräfte gegen Zerstörungsrealität . . .“

Pressekonferenz im Frauen-Widerstandscamp in Reckershausen

VON UTE CASPER

RECKERSHAUSEN. „Wer hat Angst vor der schwarzen Frau?“ — so hieß das Aktionswochenende vor dem Militärge-
lände in Hasselbach. Was soll das sein, eine „schwarze Frau“? Auf einer Pressekonferenz im „Frauen-Widerstandscamp“ in Reckershausen stellen die Frauen ihre Ansichten dar: Das „Schwarze“ sei das böse Element, die schwarze Fee, das sei die dreizehnte, die Schrecken bringende. Assoziationen zum Hexenhaften sind durchaus erwünscht. Hexen seien stark und unberechenbar, „matriarchalische Urkräfte“ könnten wirken.

Nachdem die Losung für das Aktionswochenende feststand, seien viele spielerische Kräfte freigesetzt worden, die wolle man der „Zerstörungsrealität“ in Hasselbach entgegensetzen. Motto: „Wir schaffen gemeinsam das Bild ‚Frauenland‘“.

Die Idee ist gut zwei Wochen alt, da besuchten die Frauen eine Nato-Übung bei Wüschheim. Bei Fruitcake und Fertigkaffee in einer britischen Einheit, die mit einer alten Flugabwehrrakete den Ernstfall probte, sei ihnen die Absurdität der Kriegsspiele vor Augen geführt worden. Das eigene Manöver, das „Frauenöver“ sollte dem mit phantasievollen Aktionen begegnen.

Was in Hasselbach passieren würde, war im Voraus nicht zu erfahren. Geplant sei nichts, alles werde sich spontan entwickeln. „Geht hin, laßt Euch überraschen.“

Der Zeltplatz in Reckershausen darf nur von Frauen betreten werden, das bringt die meiste Kritik ein. Entstanden ist der Ausschuß der Männer aus Forderungen der „Berliner Sommeruni“ und aus Erfahrungen bei gemischten Widerstandscamps — dort seien die typischen Rollenverteilungen zum Problem geworden. So diene das Frauencamp auch der Selbsterfahrung, Hierarchie gebe es hier nicht.

Sexismus ist ein Hauptthema — fraueneindliche Werbung, Angst in der Nacht, Vergewaltigung . . . Diese Inhalte verbinden sich — es war auf allen Plakaten am Zaun in Hasselbach zu lesen — mit dem eigentlichen Anliegen der Frauen, gegen die Stationierung der Cruise Missiles zu protestieren. Militarismus sei, so wird betont, die höchste Stufe des Sexismus — Lautzenhausen das beste Beispiel dafür.

Letztes Jahr waren über eintausend Frauen im Camp, zu diesem Aktionswochenende erschienen gerade dreihundert. Ist die Luft raus?

Die Bewegung ist in einem Dilemma: Verhindern läßt sich die Stationierung der Raketen nicht mehr — daran hatte man (frau) letztes Jahr noch geglaubt. Jetzt ließen sich die Arbeiten bei Hasselbach nur noch stören — das ist der Zweck aller Aktionen.

Zur heimischen Friedensbewegung sind die Kontakte etwas gespannt, das Verständnis für die separatistischen Frauen fehlt dort meistens. Nur wenige Hunsrücker Frauen kommen zum wöchentlichen Stammtisch in's Camp Reckershausen.

Es seien Fehler in der Vergangenheit gemacht worden, die Kontakte zur Bevölkerung eher schlecht gewesen. Diesmal bemühe frau sich. „Nächtliches Trommeln“ zum Beispiel — so erfährt jede Neuankommende, ist untersagt.

Das Camp neben dem Reckershausener Schwimmbad wirkt wie ein ganz normaler Zeltplatz. Nur müssen die Frauen mit Waschwasser aus dem Bach vorlieb nehmen, biologisches Reinigungsmittel zu verwenden ist Pflicht. Ein Ferienlager? Wenn nur die dauernde Überwachung nicht wäre, klagt frau; Zivilstreifen und Ausweiskontrollen. Auch die Verwaltung mache Schwierigkeiten, sie verlangt einen Bauantrag, schließlich wollen sich die Frauen auf zwei Monate dort einrichten.

10.08.1984

Auf ein Wort

Nächtlicher Krieg
für den Frieden?

VON BERT BADEN

Ein Bagger wurde mit Parolen gegen die Stationierung von cruise missiles im Hunsrück beschmiert, Kabel wurden herausgerissen — die Baumaschine ist defekt.

Was war das, was sollte das sein?

Eine Form des Widerstandes?

Quatsch! Ganz einfach: eine Straftat!

Heldenhafter Undergroundkampf?

Quatsch! Einfach Sachbeschädigung!

Eine Art Aufruf an die Hunsrücker, Widerstand zu leisten?

Ja — nämlich Widerstand zu leisten gegen diese Form des Widerstandes, der im Grunde nichts anderes ist, als ein Abreagieren von persönlichen Aggressionen.

Nächtlicher Krieg für den Frieden? Eine absurde Form der Argumentation, über die man lachen könnte, wenn die Fakten nicht so traurig wären.

Die Hunsrücker werden — wenn man die Lage realistisch sieht — in absehbarer Zeit mit den Atomraketen leben müssen — ob dies ihnen nun gefällt oder nicht.

Angenehm ist dieses Ohnmachtsgefühl sicherlich nicht — aber es ist auch kein Grund, seiner privaten Zerstörungswut — wie in oben beschriebenen Fall noch dazu an einem Objekt, das mit der NATO-Baumaßnahme nichts zu tun hat — freien Lauf zu lassen.

Ruhe ist keinesfalls im Zusammenhang mit der Nato-Baumaßnahme erste Bürgerpflicht! Nein, Proteste, öffentliche Kundgebungen, — wie etwa beim Ostermarsch — sind demokratisch verbrieftes Recht. Und dieses Recht kann und sollte man zum Beispiel den Mitgliedern der Friedensinitiative, die aus innerer Überzeugung gegen die Raketenstationierung aufstehen und öffentlich Front gegen sie machen, weder absprechen noch schmälern.

Was jedoch die nächtlichen Zerstörungs- und Schmieraktionen betrifft, so sollte man den unbekannten Attentätern ganz klar sagen: Ihr seid im Hunsrück — auch in Kreisen der Friedensinitiative — alles andere, als willkommen!

Haut ab!

Die Hunsrücker haben ihre Probleme und sie müssen damit fertig werden — aber nie und nimmer in dieser Form!



Ihrer Zerstörungswut freien Lauf ließen wieder einmal Unbekannte. Diesmal war der Bagger einer Baufirma, die im Staatsforst Faas eine Bohrung niederbringt und Rohre verlegt im Auftrag der Rheinhöhen-Wasserversorgung, das Objekt. Der Bagger wurde mit Parolen gegen die Stationierung von „cruise missiles“ beschmiert. Außerdem rissen die Unbekannten Kabel aus dem Motor und zerstörten die Hydraulik. Foto: Dupuis

15.08. 1984

„Strahlende Westwallzeiten kommen . . .“

„Alle finden einen Job. Strahlende Westwallzeiten kommen wieder. Ein Bauboom wie zur Zeit des Baues der Hunsrückhöhenstraße erfaßt den Hunsrück. Geschäfte winken. Der große Durchbruch in der Konjunktur leuchtet am Bauhorizont: 100 Mio. DM, also dreimal das nicht billig gebaute Simmerner Kreiskrankenhaus, werden in Hasselbach verbuddelt. Und dank der Initiative der CDU wird unsere mittelständische Bauwirtschaft Hoffnung auf Beteiligung haben dürfen. Bauminister Wagner tut alles dazu. Aus dieser Sicht bleibt aber auch zu hoffen, daß man im Staatsbauamt Koblenz Nord die Ministerworte in der ferneren Hunsrücker Zeitung nicht nur als Sommerlochfüller versteht. Die ersten Ausschreibungen künden da von einer ganz anderen Sprache: Nachweis, daß man ähnliches schon gebaut habe, keine Losaufteilung, Überprüfung der Zulassung etc. Das zum Ersten.

Und zum Zweiten ist natürlich klar, daß einige Jobs am Ende auch Hunsrücker bekommen werden. Ein Familienvater ohne Arbeit konnte noch nie fragen, ob ihm diese Arbeit paßt.

Er konnte nie fragen, ob die 100 Mio.

DM, vielleicht anders eingesetzt, ihm einen besseren Job verschaffen könnten. Arbeiter wurden da nie gefragt. Er kann zwar denken, daß dieser Atomraketenstützpunkt eigentlich niemanden dient, außer denen, die daran verdienen. Er kann sogar denken, daß die weitere Schaffung von Vernichtungswaffen Unsinn sei — aber alles das würde er nie laut sagen. Denn er weiß: ohne Arbeit kein Geld. Ohne Geld kein Familienleben.

Und da frage ich denn Drittens, ob es sehr moralisch ist, dieses Leid von tausenden Menschen auf solche Weise zu vermarkten. Zu vermarkten, obwohl alle Tatsachen eher auf eine Mini- denn eine Maxibeteiligung der Bauwirtschaft bei uns hinweisen. Und zu vermarkten, obwohl diese Anlage der Vernichtung von Menschen gilt und nicht ihrer Förderung oder Unterstützung. Hier soll wohl deutlich werden, die Leute gegen die Anlage sind gegen Arbeitsplätze. Diese 100 Mio. DM in die Modernisierung unserer Hunsrücker Wirtschaft würden dort wahrhaft gute Dienste leisten können.“

Joachim Mertes. SPD-Landtagsabgeordneter

15.08. 1984

11.08. 1984

Frauen vom Widerstandscamp besetzten Baukran in B-Batterie!

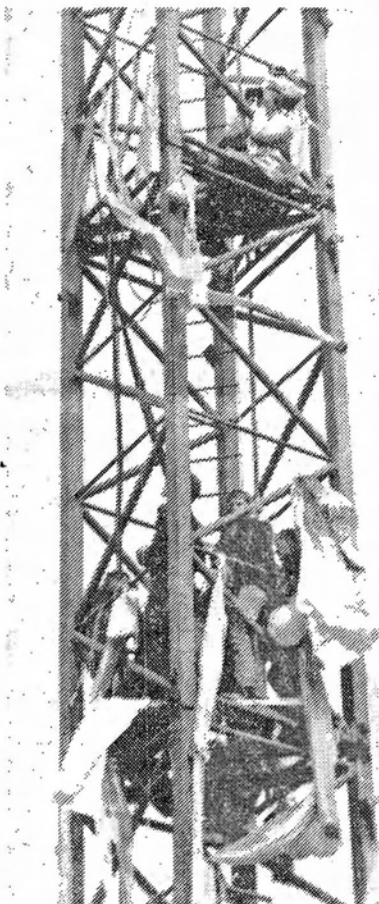
Die Polizei nahm von einer Räum-Aktion vorläufig Abstand

-jet- HASSELBACH. Etwa 15 Frauen halten seit gestern morgen, 6 Uhr, einen Baukran auf dem Nato-Baugelände bei Hasselbach (der früheren amerikanischen B-Batterie) besetzt! Es handelt sich dabei — so steht es in einer Presseerklärung, die Journalisten vom Kran herab zugeworfen wurde — um Frauen aus dem Frauenwiderstandscamp bei Reckershausen. Von einer Räum-Aktion nahm die Polizei Abstand. Die Aktion der Frauen dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Gegen 6.30 Uhr war die Polizei in Simmern von Männern der Bewachungsgesellschaft über die Besetzer-Aktion verständigt worden. Offenbar drangen die Frauen durch ein Loch im Zaun auf das Gelände: In unmittelbarer Nähe des etwa 30 Meter hohen Baukrans entdeckten Polizeibeamte, daß der Zaun auf einer Breite von etwa drei Metern durchschnitten war.

Mit Luftballons, bunten Bändern und Transparenten hatten die Frauen den Baukran geschmückt. Sie demonstrierten gegen Krieg und Männergewalt und gegen eine Zerstörung der Welt. Dies kam auch in einer von ihnen handgeschriebenen Presse-Erklärung zum Ausdruck. „Wir wollen keine Stationierung hier und nirgendwo“, hieß es da. Zugleich verlangten sie freien Abzug nach Beendigung ihrer Aktion.

Der mehrfachen Aufforderung der Polizei, das Gelände — das als mili-



Im Krangestänge haben einige Frauen Position bezogen.

tärisches Sicherheitsgebiet gilt — zu verlassen, kamen die Besetzerinnen nicht nach. Auch nicht nach dem Hinweis für den Schaden zu haften.

Auf eine Räumung — die sofort in Erwägung gezogen und auch von der Bauleitung gewünscht wurde — verzichtete die Polizei. „Aufgrund der Gefährlichkeit des Unternehmens“, wie der Einsatzleiter, der Chef der Vollzugspolizei im Rhein-Hunsrück-Kreis, Polizeirat Lienhard Münder, ausdrücklich erklärte. Diese Entscheidung sei im Einvernehmen mit Landrat Dr. Jäger und dem Polizeireferat der Bezirksregierung in Koblenz gefallen.

Etwa 30 Beamte der Bereitschaftspolizei wurden alarmiert und nach Hasselbach beordert.

Nach ersten Angaben der Polizei wurde offensichtlich die Kabine des Baukrans aufgebrochen sowie ein Rettungsseil gekappt.

Die Bauarbeiten gingen — soweit möglich — weiter. Um einen ungestörten Ablauf dieser Arbeiten zu gewährleisten, wurden die auf dem Gelände anwesenden Journalisten — darunter auch Fernsehkollegen — von der Bauleitung aufgefordert, das Gelände bis 10.45 Uhr zu verlassen. Von der Bauleitung selbst waren keine Informationen zu bekommen. Fragen wurden in den Zuständigkeitsbereich der Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden verwiesen...



Seit gestern morgen halten Frauen vom Widerstandscamp in Reckershausen einen etwa 30 Meter hohen Baukran auf dem Nato-Baugelände besetzt.

Fotos: Dupuis

RHEIN-HUNSRÜCK-KREIS

Auf ein Wort

Langsam langt es uns!

VON BERT BADEN

Außer Spesen nichts gewesen! Eine Gruppe von Frauen aus dem sogenannten „Widerstandscamp“ bei Reckershausen machte mal wieder – wie die Hunsrücker sagen – Steebel.

Ergebnis: Etwas Publicity für die „Kämpferinnen“, Überstunden für Pollisten, Nutzeffekt gleich null!

Morgens gegen sechs – so berichtete später die Polizei – hatten 18 Widerstands-Camperinnen einen Baukran im Militärgelände der ehemaligen B-Battery bei Hasselbach besetzt. Unbemerkt waren sie in das „scharf bewachte“ militärische Sicherheitsgelände eingedrungen, auf den Kran geklettert – und wurden erst von den Bauarbeitern entdeckt. Das Interesse der Wachmannschaften muß wohl – wie wir Presseleute es aus Erfahrung kennen – hauptsächlich auf den Straßenverkehr an der am Zaun vorbeiführenden Kreisstraße gerichtet gewesen sein ...?

Hier kann man noch schmunzeln.

Aber langsam wird es ernst: Wie lange, wie oft sollen und müssen die Hunsrücker sich noch Auftritte dieser und ähnlicher Art seitens der Friedenscamperinnen gefallen lassen?

Wie oft dürfen diese Leute – die öffentlich Gewalt und Vergewaltigung anprangern – das geltende Recht noch vergewaltigen, Gewalt gegen Einrichtungen und Geräte im Hunsrück ungestraft ausüben?

Gibt es inzwischen vielleicht bereits eine Art „Lex Widerstandscamp“ ein Sondergesetz, das geltende Gesetze (ausgenommen für Hunsrücker) außer Kraft setzt?

Kommen sich die zuständigen Behörden nicht mittlerweile selbst lächerlich vor, wenn sie das Abflämmen von Wiesen, offene Feuerchen oder ähnliches mit Bußgeldverfahren ahnden, während Sachbeschädigungen, wie parolenbeschmierte Wände und Schilder, Einbrüche und jetzt auch Besetzungen routinemäßig aktenkundig zur Kenntnis genommen werden.

Hat z. B. ein Kripo-Beamter nicht recht, der grinsend darüber nachdenkt, daß er später – auf einer anderen Dienststelle – wieder „ganz normale Mörder“ jagen muß, während er doch im Hunsrück schon „hochkarätige Widerstandscamperinnen“ erkennungsdienstlich behandeln durfte?

Es reicht! Dies ist – man kann es mittlerweile überall hören – die landläufige Meinung im Hunsrück. Straftaten bleiben Straftaten – und wenn man ihnen noch so edle Motive unterlegen will!

Wir Hunsrücker sind nicht die dummen Hinterwäldler, die sich von zuge-reisten Dauer-Urlauberinnen zeigen lassen müssen, wo's lang geht.

Müssen die Hunsrücker etwa selbst ein Widerstandscamp errichten, um einigermaßen friedlich weiterleben und arbeiten zu können?

Langsam aber sicher langt es uns!

SPD: Frauen-Widerstandscamp schwächt die Friedensarbeit!

Mertes: „Friedenspolitik und Sachbeschädigung schließen einander aus“

29.08.1984

RHEIN-HUNSRÜCK. Die auffällige Häufung von Sachbeschädigungen, Zerstörungsversuchen und Verunzierungen seit der Einrichtung des sogenannten „Frauenwiderstandscamps“ führt nach Ansicht der Kreis-SPD zu einer Schwächung der Friedensarbeit auf dem Hunsrück. Der SPD-Kreisvorstand besprach bei der Sitzung die Situation dieses Sommers und stellte fest, daß Friedenspolitik und Sachbeschädigung einander fremd sind und sich ausschließen. „Alle Menschen, die sich gegen mehr Raketen eingesetzt haben, müssen sich nun eine mehr und mehr beginnende Diskussion gefallen lassen, daß es auch falsche Friedensfreunde gebe“.

Ausgangspunkt der Aussprache war ein Bericht des SPD-Landtagsabgeordneten Joachim Mertes. „Jede Methode, die sich von der Rechtsstaatlichkeit entfernt, entfernt uns auch von den Bürgern dieses Landstriches, für die wir uns einsetzen“, meinte Mertes. Die allzu offensichtliche Zunahme von Sachbeschädigungen im Hunsrück sei zwar kein Beleg, daß bestimmte Gäste sich solcher Methoden bedienten, aber eine Belastung all jener, die mit gutem Gewissen Friedensarbeit geleistet hätten“, erklärte er. Für die SPD habe der Satz August Bebels bei der Debatte um das Verbot der Sozialdemokratie weiterhin Bestand: „Wir werden unsere Gegner an unserer Rechtsstaatlichkeit scheitern lassen“.

Inhaltlich sei die Teilung der Friedensbewegung in mehrere Lager absolut falsch. Die Frauen des Camps verletzen den wichtigen Grundsatz der Solidarität und Beteiligung der Menschen, für die man eigentlich eintritt. Einerseits werden die Erfahrungen der Hunsrücker in der Friedensarbeit ignoriert und andererseits gehen die Aktionen des „Camps“ in eine Richtung, die keine Beteiligung der Menschen vom Hunsrück erlaubt. Damit stelle man sich bewußt außerhalb und versuche den Eindruck von „höheren Einsichten“ zu vermitteln. „Wer in Kauf nimmt, daß die Menschen die Friedensbewegung mit Mißtrauen ansehen, der arbeitet entweder für die Reaktion oder zumindest in ihre Hände“, sagte Mertes.

Die SPD im Rhein-Hunsrück-Kreis wird, so beschloß der Kreisvorstand unter Leitung von Artur Lammer, die Aktion Friedenskette unterstützen. Diese Aktion erlaube jedem Bürger, ohne Rechtsverletzungen seinen Beitrag gegen die Raketenstationierung und Arbeitslosigkeit in unserem Lande zu leisten. Nach Ansicht des Kreisvorstandes müssen die Bürger auch weiterhin von dem Grundsatz der friedlichen Auseinandersetzung ausgehen dürfen. „In einem sozialen Rechtsstaat sind die Mittel des Bürgers Überzeugung, Gemeinsamkeit und nicht Sachbeschädigung und Zerstörung“.

„Welche Sachbeschädigung ist größer . . .“

Zu: „Mertes: Friedenspolitik und Sachbeschädigung“ (HZ vom 29. August):

„Die Stellungnahme von Herrn Mertes hat mich angeregt über diese Sachbeschädigung nachzudenken. Und ich frage, welche Sachbeschädigung größer ist: diese, welche „die Frauen“ gemacht haben oder die, wozu jene Maschinen eingesetzt werden, nämlich Erde und Wald, die zum Leben des Menschen gehören, in Beton und Atombunker zu verwandeln, in Todesland. In letzterem sehe ich keine Friedenspolitik, sondern Kriegsvorbereitung.

Ich stimme mit manchen Ansichten der Frauen des Camps nicht überein.

vielleicht auch, weil ich der älteren Generation angehöre. Aber wir müssen ihnen doch zugestehen, daß sie uns auf vielen Gebieten Anstöße gegeben haben, worüber wir nachzudenken hätten!

„Sage niemand, er habe es nicht wissen können!“ Leider wollen wir am liebsten gar nichts wissen. Durch den Rüstungswettlauf wird jeder einzelne von uns immer mehr zum „Sachgeschädigten“ gemacht! Hat die Maschine schon mehr Wert als der Mensch?!

Elisabeth Bernhard, Dillendorf (Friedensgruppe Kirchberg).

„Kein Entsetzen vorhanden . . .?“

Zu: „Langsam langt es uns“ (HZ vom 29. August 1984):

„Nun langt es aber wirklich, Herr Baden! Größere und bedeutendere Zeitungen außerhalb des Hunsrücks berichten besorgt und kritisch über die geplante Raketenstationierung in Hasselbach. Eine Fernsehreportage über die Angst der Bevölkerung vor dieser wahnsinnigen Todesbasis wurde gedreht und gesendet. Aber in Ihrer Zeitung, Herr Baden, werden Frauen, die es wagen, in dieses scharf bewachte Militärgelände einzudringen als gewalttätiger und gefährlicher dargestellt als „ganz normale Mörder“. Ob die Hunsrucker Zeitung wohl alle Maßstäbe verloren hat?

Was ist der Schaden an parolen-beschmierten Wänden gegen 273 000 cbm Erdbewegungen? (lt. Ausschreibungen für Nato-Baumaßnahmen im Juli 1984).

Was ist der Schaden durch eine Baukranbesetzung gegen 6,5 zubetonierte Hektar Wald (= 7 Fußballplätze) im Stationierungsgebiet?

Was ist der Schaden an besprühten Straßen gegen 42 000 cbm neuen Stahlbeton (= ein Klotz von 35x35x35 m) in der b-battery?

Wann schreit Ihre Zeitung endlich Ihr Entsetzen in den Hunsrück über die unwiederbringlich zerstörte Natur in der b-battery?

Wann schreit sie ihr Entsetzen in den Hunsrück über die Todesgefahr für unser Land durch die neuen Raketen?

Oder ist dieses Entsetzen gar nicht vorhanden, weil man (wieder einmal) nichts sieht, denn man will anscheinend auch gar nichts sehen!

Offenbar sind sich die Leute außerhalb des Hunsrücks der tödlichen Gefahr weit- aus mehr bewußt und deshalb befürworten die Grünen die Aktionen der weit-

hergereisten Frauen vom Widerstandscamp, die sich so mutig gegen die Raketenstationierung wehren und die es auf sich nehmen, erkennungsdienstlich erfaßt zu werden, damit wir Hunsrucker „einigermaßen friedlich weiterleben und arbeiten können“.

Maria Hilgert, Die Grünen. Amtsverband Kastellaun.

„Männlichkeitswahn“

Zu: „Langsam langt es uns“ (HZ vom 29. 8. 1984):

„Herr Baden spricht: „Langsam langt es uns!“ In Ihrer eigenwilligen Sprache drückt sich für uns, Herr Baden, Ihre emotionale Bedrücktheit über die Aktivitäten der Reckershausener Widerstandsfrauen aus. In Ihrer uns hinreichend bekannten männlich phantasievol- len Art zeigt sich uns Ihr heimlicher Wunsch, als Führer von Hunsrucker Männern das Reckershausener Frauenwiderstandscamp zu stürmen. „Etwas Publicity“ in ZDF (Heute-Journal), TAZ, FR, Radio Luxemburg, Südwestfunk, Journal Brigitte, Hunsrück-Forum, SFB usw. hat letztendlich Ihnen, Herr Baden, den Ansporn gegeben, wieder einmal „Auf ein Wort“ zu schreiben. Langsam langt es Ihnen, wie Sie bemerken, endlich durften Sie aufs neue Ihren aufgestauten Aggressionen freien Lauf lassen. Mit Ihnen Hurra zu schreien, werden sich viele Hunsrucker Bewohnerinnen und Bewohner sehr vorsehen, denn das bedeutet „ja“ zu sagen zu den Cruise Mis- siles, zur Ausbeutung und Zerstörung von Natur und Menschenleben, insbeson- dere Ausbeutung von Frauen.“

Die Frauen vom Widerstandscamp Reckershausen.

31.08.1984



30 Frauen und Männer, Teilnehmer eines Friedensmarsches, drangen nach Angaben der Polizei gestern morgen gegen 6.45 Uhr in den militärischen Sicherheitsbereich nahe der Nato-Baustelle bei Hasselbach ein. Sie verschafften sich dabei auch Zutritt auf umzäuntes Gelände. Die Demonstranten wurden von der Polizei – es waren etwa 30 Beamte, darunter auch Bereitschaftspolizisten im Einsatz – vorläufig festgenommen und nach der Personalienfeststellung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Foto: J. Claßen

Sinn wohl nicht verstanden . . .

Zu: „Langsam langt es uns!“ (HZ vom 29. August):

„Langsam langt es aber wirklich. Wie oft meint Herr Baden noch, für die Hunsrücker sprechen zu müssen? Man mag von dem Frauenwiderstandscamp und den Aktionen der Frauen halten, was man will, aber man sollte nicht für sich in Anspruch nehmen, die Meinung der Hunsrücker zu vertreten.

Sicherlich gibt es auch innerhalb der Hunsrücker Friedensinitiative verschiedene Standpunkte, gerade was die Aktionsformen der Frauen betrifft. Aber sie werden auf einer ganz anderen Ebene diskutiert, als die, die bei den Kommentaren von Herrn Baden zum Ausdruck kommt.

Die Besetzung des Baukrans wurde von einem großen Teil der Hunsrücker Friedensinitiative in der Form unterstützt, daß sich viele am Tor der B-Battery einfanden, den Frauen, die dort saßen, Kaffee brachten usw.

Wir glauben nicht, daß sich Herr Baden über den Sinn der Aktion Gedanken gemacht hat, geschweige denn, ihn ver-

standen hat. Hier geht es nämlich keineswegs nur um Publicity. Diese ist zwar notwendig, nämlich als Instrument, das den Willen zum Widerstand gegen die Bedrohung durch atomare Hochrüstung und durch fortschreitende Zerstörung der Umwelt in der breiten Öffentlichkeit zum Ausdruck bringt.

Für die „Spesen“, wie Herr Baden schreibt, werden die Frauen belangt werden (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, usw.) Es ist also keineswegs so, daß die Frauen „nur“ erkennungsdienstlich behandelt wurden. Das wußten die Besetzerinnen auch vorher, und sie haben die Konsequenzen ganz bewußt in Kauf genommen.

Im Übrigen muß man bedenken, daß der Protest und der Widerstand gegen die Stationierung der Cruise Missiles keine Hunsrücker Privatangelegenheit ist. Es geht hier nicht um die Bedrohung der Hunsrücker, sondern um die Bedrohung des Friedens in der ganzen Welt. Langsam wird es wirklich Ernst: Ronald Reagan läßt uns noch fünf Minuten.“

Heidrun Zimmer-Wagner, Kappel
Brigitte und Manfred Wagner, Altkerkülz

05.09.1984

„Kopf in den Sand ist leichter . . .“

Zu: „Langsam langt es uns!“

„So, so da hat sie wieder einmal gesprochen die „Stimme des Hunsrücks“. In geradezu vorbildlicher Weise hat Herr Baden wieder einmal im „Namen aller Hunsrücker“ eine Aktion der Friedenscamperinnen hochstilisiert. Die „bösen Frauen“ waren mal wieder am Werk. Die haben das Ansehen des Hunsrücks mal wieder so richtig geschädigt, und die armen Hunsrücker mußten es sich diesmal wieder tatenlos gefallen lassen.

Was Bert Baden hier für eine gefährliche Hetze mit seinem Kommentar betreibt, gibt doch zu denken auf. Viele der Aktionen, die die Friedenscamperinnen durchführen, mögen fragwürdig sein, aber so sind sie keineswegs ein Grund, solche Kommentare zu verfassen. Die landläufige Meinung, von der Herr Baden spricht, mag vielleicht die Meinung derer sein, die er mit seinem Kommentar

beeinflusst hat, oder von denen, die bei Friedensdemonstrationen lieber in heimischer Idylle ihren Kaffee schlürfen, oder die Demonstranten mit einem etwas belächelnden Blick aus der Kneipe heraus angaffen. Aber es ist ja auch bestimmt besser, den Gedanken an die Raketen bei einem Glas Bier zu verdrängen. Man weiß ja, daß die Raketen stationiert werden, wozu dann noch demonstrieren.

Außerdem müssen uns auch nicht ständig irgendwelche dahergereisten „Weiber“ mit ihren Aktionen an die Raketen erinnern. Es ist doch viel leichter, den Kopf in den Sand zu stecken und bei denen, die es nicht tun, muß man halt notfalls mit diesen oder jenen Mitteln ein bißchen nachhelfen. Bleibt zum Schluß noch die Frage offen, wann Bert Baden zum Großangriff gegen das Frauencamp bläst.“

Hans-Jürgen Prinz, Neuerkirch

Meinung unterjubeln wollen . . .

Zu: „Langsam reicht es uns“ (HZ vom 29. August):

„Langsam reicht es auch mir! und zwar ihr Mißbrauch der Pressefreiheit zu Hetzkampagnen gegen das Frauenwiderstandscamp! Wie kommen Sie eigentlich dazu, in der Mehrzahl zu schreiben und ihre persönliche Meinung als die „der Hunsrücker“ unterjubeln zu wollen? Ihnen fehlt ganz offensichtlich der Überblick, sonst wäre es ihnen nicht entgangen, daß während der Kranbesetzung den Frauen vor dem Tor der Baustelle, von Hunsrücker Bevölkerung heißer Kaffee, Brot, Milch, Käse und gekochte Eier gebracht wurde! oder die Hunsrücker Autos, deren vorbeifahrenden Insassen den Frauen mitteilten, wie gut sie die Aktion finden und wie froh sie sind, daß endlich mal mehr Mut zu neuen Aktionen aufgebracht wurde!!!

Vergangen Aktionen, welche von ihnen, Herr Baden, ebenfalls durch den Dreck gezogen wurden, fanden ebenfalls Sympathien, welche sich in Form von Befürworter/innenbriefen an das Camp richteten! kein einziger von ihnen erhoffter Droh- oder Schmähbrief wurde verschickt! Nein — erwähnenswert sind die wöchentlichen Stammtische, ausgerichtet für „Hunsrücker-Frauen“, welche immer zahlreicher zu jedem Treffen erschienen . . . und freundliche Bäuerinnen aus dem Ort, welche kistenweise Salat den Campküchen schenkten!

So hoffnungslos „hinterwälderisch“ wie Sie die Hunsrücker trotz gegenteiliger Beteuerung sehen, sind sie also doch nicht!!! „Oder“ meinen sie mit „uns Hunsrückern“ etwa die Sorte, welche in Lautzenhausen ihr gut florierendes „deutsch-amerikanisches Freundschaftsgeschäft“ in Gefahr sahen, als Frauen in einer Aktion gegen Militarismus und Sexismus am „Tatort“ Lautzenhausen, während einer fließenden Blockade den Verkehr der Amerikaner hinderten und deshalb den GI's folgende Aufforderungen zuriefen: „Geb' mir deine Knarre — ich mache die Arbeit schon für dich“, fährt doch einfach in die rein — und drüber!“, und sogar Sprüche wie „an die Wand stellen, vergasen und unser Adolf müßte wieder her“, geklopft wurden! oder wollen sie gar noch mehr Hunsrückerinnen, die in der Haustür stehen

und während eines kraftvollen Polizeieinsatzes rufen: „ja, richtig so — mit dem Knüppel muß man auf die drauf hauen, diese verrückten Weiber!“???

Oder wollen Sie Herr Baden mit Ihren Artikeln nur die sogenannte „schweigende Mehrheit ansprechen“, die nicht so richtig weiß, wem denn nun zu glauben ist und von Ihnen nun schön aufgehetzt wird? Anders kann ich mir den Umstand nicht erklären, bei dem Sie es wagen, den Ausdruck „normale Mörder“ und „hochkarätige Widerstandscamperinnen“ in einem Satz zu zitieren, ganz gleich in welchem Zusammenhang! „Normale Mörder“, so normal wie der Mörder von Nicola? Dieser schreckliche Gewaltakt war ihnen keines schmähenden Kommentars würdig!

Petra Densborn-Duve, Budenbach

„Ihr lebt mitten auf dem Mond“

Zu „Frauen vom Widerstandscamp besetzten Baukran“ (Dienstag, 28. August).

„Ihr lebt angeblich hinterm Mond, im Hunsrück! Das bildet ihr euch aber nur ein, denn ihr lebt mitten drauf — auf dem Mond!

Wieviele Mondbasen hier stationiert sind? — Wißt ihr nicht? Ist ja auch nicht wichtig! Ihr habt ja eure Freiheit und eure schöne Landschaft.

Ja schön ist es hier — und wir lassen es uns nicht vermiesen! Wir machen die Augen zu, sperren den Mund auf, halten die Nasen zu und tun so als würde man nichts reinwürgen. Es ist ja so schön hier bei uns, macht Ferien auf dem Lande, kommt zu uns wir sorgen dafür, daß man diese unsere Landschaft nicht klein bekommt. Wir werden schon ein paar qm erhalten können . . .“

Carsten Linn, Kirchberg

Erschüttert

Zu: Langsam langt es uns (HZ vom 29. August):

„Ich bin erschüttert über ihre Gedanken am 29. August. In meiner Kindheit wurden andersdenkende, vorausdenkende schon einmal vergast in unserem Land.“
Hilde Brück, Gödenroth

05.05.1984

„Wir lassen uns nicht spalten!“

Zu: „Langsam langt es uns“ von Bert Baden, HZ vom 29. August:

„Langsam aber sicher langt es uns auch: weniger mit dem Frauenwiderstand als vielmehr mit den unsachlichen und reaktionären Kommentaren des HZ-Redakteurs Bert Baden.

Oben genannter Kommentar ist in einem Niveau verfaßt, das es nur sehr schwer zuläßt, unsere Empörung in einem Leserbrief sachlich zum Ausdruck zu bringen.

Mit Kommentaren dieser Art steuert die Hunsrücker Zeitung eine Hetzkampagne an, die uns an eine Zeit erinnert, die viele von uns nicht miterlebt haben und auch nie miterleben wollen.

Sie bauen systematisch ein Feindbild auf, in diesem Fall sind es die, die sich gegen die lebenszerstörende Zukunftspolitik, die ständig zunehmende Militarisierung wehren. Die vielfältigen Aktionen, deren sich die Frauen bedienen, werden von Bert Baden als gewalttätig bezeichnet.

Wir haben uns die Mühe gemacht, rückblickend HZ-Artikel auf dem Hintergrund zu lesen, in welchem Zusammenhang die Zeitung diesen Begriff anwendet.

Erschreckenderweise mußten wir feststellen, daß in der Hunsrücker Zeitung der Gewaltbegriff niemals im Zusammenhang mit Stationierung und Umweltzerstörung gebraucht wird, sondern immer nur im Zusammenhang von Widerstand und sich wehren gegen solche Projekte.

Aber nicht nur in der HZ, auch vor unserer Justiz scheint es Gewalt nur in dieser Form zu geben, scheint Gewalt auch nur in dieser Form strafbar zu sein.

Wir wissen nicht wie Sie Herr Baden darauf kommen, daß die Frauen ihren Widerstand ungestraft ausüben können. Vielleicht sollten Sie sich zur Vervollständigung Ihrer Informationen 'mal erkundigen, wieviele Anzeigen laufen, wieviele Prozesse folgen, die sicherlich nicht mit Freispruch enden werden.

Ist das unsere Rechtsordnung? Eine Ordnung, die diejenigen bestraft, die sich für die Erhaltung unserer Umwelt einsetzen, die kämpfen gegen Krieg und Kriegsvorbereitung.

Aber diese Art der gesetzlichen Bestrafung scheint Herrn Baden nicht auszureichen. Er versucht den „gesunden Volkzorn“ der Hunsrücker zu wecken;

in letzter Konsequenz ein indirekter Aufruf zur Gewalt gegen das Frauenwiderstandscamp.

Eine Erfolgsmeldung können wir gleich dazuliefern. In den letzten Tagen folgten rechtsradikale Jugendliche Bert Badens „Aufruf zur Errichtung eines Hunsrücker Widerstandscamps“, als absolute Provokation gegen die Frauen.

Sie trafen sich abends im Schwimmbad Reckershausen und sangen in Reih und Glied stehend, unter Flutlichtbeleuchtung und faschistischem Gruß das Deutschlandlied. Was wird deren nächste Aktionsstufe sein? Davon berichtet die HZ nichts.

Bert Baden kann sich nicht selbständig zum Sprecher der gesamten Hunsrücker Bevölkerung machen. Wir lassen uns von Herrn Baden nicht spalten in gute und schlechte Friedensbewegte, in Auswärtige und Hunsrücker, in die mit und die ohne Berechtigung zum Widerstand.

Wir unterstützen den aktiven Widerstand der Frauen gegen die Stationierung und werden auch weiterhin ebenso wie sie und mit ihnen nach allen Möglichkeiten suchen, der lebenszerstörenden Politik, dem Ausbau tödlicher Atomanlagen, der Vernichtung der Umwelt, der Unterdrückung von Minderheiten und der zunehmenden Militarisierung auf allen uns nur möglichen Ebenen Grenzen zu setzen.“

Klaus Berg (Simmern), Annemarie Günster (Gemünden), Manfred Scherer (Holzbach), Bernd Mauerhof (Gemünden), Hartmut Gröhniger (Ravengiersburg), Hartmut Gumm (Holzbach), Jochen Dohm (Benzweiler), Günter Saueressig (Waldalgesheim), Heidrun Zimmer-Wagner (Kappel), Michael und Uschi Jordan (Rheinböllen), Bernhard Kisters (Manubach), Mechthild Martin (Unzenberg), Bernd Ries (Külz), Markus Lorenz (Gemünden), Karl Heinz Gaede (Laubach), Ursula Döring (Simmern), Renate Scherer (Holzbach), Rudolf Horn (Simmern), Rainer Fink (Büchenbeuren), Bettina Wieß (Alterkülz), Anita Wiersch (Kirchberg), Josef Trauth (Roth), Ingrid Faber (Gammelshausen), Hilde Klöckner (Budenbach), Rosi Heidecker (Simmern), Helmut Hetzel (Maltzborn), Horst Braun (Kirchberg), Rolf Härter (Bubach), Olav Muhl (Simmern), Elisabeth Seegert (Horn), Heike Berg (Simmern), Sabine Oswald (Bell).

„Wer übernimmt die Verantwortung?“

Zu Bericht „SPD: Frauen-Widerstandscamp schwächt die Friedensarbeit!“, HZ vom 29. August:

„Der Kreisverband der Grünen sieht sich veranlaßt, aufgrund der Diffamierungskampagne lokaler Parteifunktionäre die zur Zeit in Sachen Frieden und im Rahmen sogenannter Rechtsstaatlichkeit auftreten, Stellung zu nehmen.

Wir bewundern den Mut der Frauen trotz Diffamierung, Bespitzelung und Verfolgung auch in diesem Jahr ihren Protest auf der Grundlage des Widerstandscamps zum Ausdruck zu bringen. Es ist beschämend, das Frauen aus der gesamten BR Deutschland uns Hunsrückern zeigen müssen wo die Raketen stationiert werden und durch ihre Aktivitäten unsere Aufmerksamkeit auf die Bauarbeiten zur Stationierung lenken müssen.

Der Minimalkonsens innerhalb der Friedensbewegung ist die Ablehnung der sogenannten Nachrüstung. Die SPD

Rhein-Hunsrück hat vergangenes Jahr noch öffentlich ihre Zustimmung zur Stationierung bekundet. Heute sieht sie sich als wichtigen Teil der Friedensbewegung und wagt sich mit gutem Gewissen zum Richter über andere Teile der Friedensbewegung zu erheben.

Jeder Mensch hat das Recht seine Form des Protestes, zum Beispiel direkter Widerstand gegen Massenvernichtungsmittel, zu wählen.

Da jeder die Konsequenzen für sein Handeln alleine tragen muß, sollte dies auch von allen Anhängern der Bewegung toleriert werden.

Wir fragen: Wer übernimmt die Verantwortung für die Sachbeschädigung und Zerstörung für und nach einem Atomkrieg im Rahmen der sogenannten Rechtsstaatlichkeit?“

Karin Fülber, Frankweiler, für den Kreisverband Rhein-Hunsrück der Grünen.

06.09.1984

SPD fordert speziellen Ausschuß über das „Nato-Bauvorhaben“

SPD-Ortsverein Kastellaun diskutierte kommunale Themen

12.09.1984

KASTELLAUN. Ein breites Themenspektrum beriet der SPD-Ortsverein Kastellaun bei seiner ersten Versammlung nach der Sommerpause. Karl Heinz Faber berichtete über die Arbeit aus Stadt- und Verbandsgemeinderat. Beifall kam auf als er mitteilte, daß Ludwig Bommes das beste Ergebnis bei den Beigeordneten-Wahlen für die Verbandsgemeinde erzielt hatte. Für Ludwig Bommes rückt Klaus-Peter Müssig aus Gödenroth in den Verbandsgemeinderat nach.

Fraktionssprecher Horst Roland Hebel erläuterte die Forderung der SPD nach einem speziellen Ausschuß über das „NATO-Bauvorhaben“ bei Bell/Hasselbach. Es gehe darum, die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, Verkehrsverhältnisse, Abwässer und die gesamte Infrastruktur in der Verbandsgemeinde zu erfassen. In der nächsten Verbandsgemeinderatssitzung will die SPD die Gründung dieses Ausschusses beantragen.

Im Stadtrat hatte die SPD einen Antrag auf Errichtung einer Gedenktafel an die jüdische Synagoge gestellt. S. Gockel: „Zahlreiche jüdische Bürger aus Kastellaun sind unter den Nationalsozialisten umgebracht worden. Die Synagoge wurde in der Kristallnacht zerstört. Es ist beschämend, daß es an diese Menschen kein Zeichen der Erinnerung mehr in der Stadt gibt.“ Zur Zeit werden — so wurde weiter berichtet — im Rat die Gestaltung und der Ort für eine solche Gedenktafel diskutiert.

Die Belegung der Sporthallen in der Verbandsgemeinde will die SPD daraufhin überprüfen, ob die augenblickliche Nutzung noch einer veränderten Situation gerecht wird. Um optimale Bedingungen zu erreichen, will man zuerst einmal mit den Vereinen Rücksprache nehmen. Ludwig Bommes hierzu: „Anscheinend herrscht doch nicht so ‚Freude, Freude, Eierkuchen‘ wie es die Verwaltung immer darstellt“.

„Demonstrieren Sie – aber ohne Gewalt!“

Zu: „Langsam langt es uns“ (HZ vom 29. August 1984):

„In den letzten Tagen wurden jeden Tag mehrere Leserbriefe in der HZ veröffentlicht. Sie haben eins gemeinsam: Alle diese Briefe greifen Herrn Baden an. Was schreibt Herr Baden denn in seinem Artikel? Doch nur eins, daß auch der Hunsrück gegen Gewalt ist!“

Die Frauen aus dem Widerstandscamp Reckershausen aber haben uns Hunsrückern doch gezeigt und gelehrt, was Gewalt ist. Sie zerstörten Bagger, besprühten neue Brücken und Wände, besetzten einen Baukran usw. Ist das keine Gewalt?

Wie kann man sagen und schreiben: „Wir sind gegen Gewalt, wo man doch Gewalt produziert?“

10.05.1984

In den Camp der Frauen hingen Parolen: „Wir überschreiten alle Grenzen“. Das haben sie wahrhaft getan! In Hasselbach, auf dem Flugplatz Hahn usw. Warum überschreiten diese Frauen nicht mal die Grenzen zur DDR und demonstrieren dort gegen die aufgestellten Raketen, die gegen uns gerichtet sind?

Die Frauen aus dem Widerstandscamp sind gegen Männer und Männergewalt? Das ist ihre eigene Aussage. In der Zeit ihres Aufenthaltes in Reckershausen befanden sich sehr viele Kinder unter ihnen. Vom Säugling bis zum Kleinkind. Frage: Woher kommen diese Kinder? Diese Frage sollen sich diese Damen einmal selbst beantworten.

Ist es notwendig, lesbische Spiele vor den Augen der dort anwesenden Kinder sowie der Gäste im Schwimmbad zu veranstalten? Selbst am Sonntag vor der Kirche wurden diese Spiele fortgesetzt. Ist es notwendig, gänzlich unbekleidet am Tag durch die Gegend zu laufen und die Schwimmbadgäste mit beschämenden Redensarten zu titulieren.

Nun zum Thema: Aufruf zur Errichtung eines Hunsrücker Widerstandscamps. Nie und in keinster Weise hat Bert Baden zu einem Gegencamp aufgerufen! In den besagten Leserbriefen sind solche Lügen vorhanden, daß es nun endlich Zeit wird, dieses aufzuklären.

Jugendliche aus Reckershausen (keine Rechtsradikalen) versammelten sich an drei Tagen gegen 21.30 Uhr im Schwimmbad in Reckershausen. Hier zeugten sie stehend unter den Klängen der deutschen Nationalhymne ihrem Deutschland Achtung und Ehrfurcht.

Weder wurde die Nationalhymne gesungen, noch ein faschistischer Gruß erhoben. In dem Leserbrief „Wir lassen uns nicht spalten“ (HZ vom 6. 9.) beschreiben Sie nicht die Reaktionen, die dann von den Frauen folgten: Von einem hyänenhaften Kreischen bis zu den infamsten Beschimpfungen gegen den Staat und die anwesenden Jugendlichen.

Seit wann ist es verboten, die deutsche Hymne abzuspielen?

Am nächsten Tag war ein neu verlegter Wasserschlauch zur Dusche an mehreren Stellen durchschnitten. Wieder Gewalt!

Ich fordere die Frauen auf: Unterlassen Sie die Schmierereien an Häusern und Wänden! Unterlassen Sie die nicht wahren Artikel in der Zeitung, die sinnlosen Zertsörungen und Besetzungen!

Die Dorfjugend hat demonstriert, aber ohne Gewalt! Tun Sie das Gleiche!

Solange die Jugend von Reckershausen sich zu einem einheitlichen, freien, demokratischen Rechtsstaat bekennt, solange es noch Hunsrücker gibt, die genauso denken, hat, wie Herr Baden sich richtig ausdrückt, eine kleine Minderheit, die Gewalt hervorhebt und ausübt, im Hunsrück nichts zu suchen!“

Johann Pompetzki, Reckershausen

Mit Bändern Lücken in der Menschenkette geschlossen

Teilnehmerzahlen erfüllten nicht die Erwartungen - Positive Wertung

-Jcl- HUNSRÜCK. Ihr hochgestecktes Ziel — eine 210 Kilometer lange Menschenkette von Hasselbach im Hunsrück zum Arbeitsamt in Duisburg zu bilden — konnten die Friedensinitiativen am Samstag nicht erreichen. In der Kette waren Lücken. Trotzdem werteten die Organisatoren die Veranstaltung — jedenfalls im heimischen Bereich — als positiv. „Wir haben viel Unterstützung erfahren“, stellten Vertreter der Hunsrücker Friedensinitiative fest.

Schon morgens machten sich bei den Veranstaltern Sorgen und Skepsis breit. „Was gilt die Wette — wir schaffen die Kette!“ hatte es in einem Aufruf zur „Menschen- und Aktionskette für Frieden“ geheißen. Doch am Samstagmorgen war schnell klar, daß dieses Ziel an diesem Tag wohl zu hoch gesteckt war. Das stürmische und naßkalte Wetter hatte sicherlich viele davon abgehalten, an der Kette teilzunehmen. Von ursprünglich 30 angekündigten Bussen aus Mainz kamen schließlich auch nur neun zu einem der vielen Treffpunkte am Beller Markt. Rund 1500 Teilnehmer — statt der erhofften 4000 — standen im Bereich des Streckenabschnittes entlang der B 327 (Hunsrückhöhenstraße) vom Nato-Baugelände bei Hasselbach bis Kastellaun. Bei anderen Streckenabschnitten sah die Situation ähnlich aus.

Unter den Teilnehmern auch 100 Franzosen aus Paris und Lyon, die Vertreter der Hunsrücker Friedensinitiativen nach Frankreich einluden.

Gegen 12.00 Uhr wurde die Kette für 15 Minuten geschlossen. Da wo es Lücken gab, halfen sich die Teilnehmer auf ihre Art: Mit Bändern und Leinen wurden die Lücken „überbrückt“.

Vor der Bildung der Menschenkette hatte auch am Beller Markt eine Auftaktkundgebung stattgefunden. Dabei sprachen unter anderem Julius Lehlbach, rheinland-pfälzischer DGB-Vorsitzender, Rudolf Scharping, stellvertretender Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, und August Dahl, Pfarrer in Bell.

Verlesen wurde eine Grußadresse von Edgar Reitz, dem Regisseur, der zur Zeit im Fernsehen erfolgreich laufenden Hunsrück-Chronik „Heimat“. In seinem Grußwort hieß es unter anderem: „Ich hoffe mit Ihnen, daß eine breite Öffentlichkeit verstehen lernt, daß hier Liebe zu den Menschen und ihrer Heimatlandschaft verteidigt wird — gegen die abstrakten Systeme von Macht und Geschäft, daß die Friedensbewegungen zu den wenigen positiven Kräften, die in Ost und West noch ernsthaft und verantwortlich für eine lebenswerte Zukunft eintreten.“

Die Veranstaltung, die reibungslos abließ, wurde für den heimischen Bereich vom Friedensbüro in Kirchberg koordiniert.

Unter den zahlreichen Medienvertretern war auch ein Team des japanischen Fernsehens.



Dichtgedrängt standen die Teilnehmer an der Menschenkette im Bereich des Beller Bahnhofs. Erwachsene und Kinder, Alt und Jung demonstrierten friedlich für eine Beendigung des Wettrüstens in Ost und West.

Foto: Dupuis

Bewerbungs-Boom für US-Wohnsiedlungen!

HZ-Recherchen zu „nichtöffentlichem Thema“

VON BERT BADEN

HUNSRÜCK. Auch Großbaustellen werfen ihre Schatten voraus. In den letzten Tagen wurde nicht nur in der Kreisstadt Simmern über geplante Wohnungs-Baumaßnahmen für amerikanische Militärangehörige gesprochen. Auch andere Gemeinden im Hunsrück bewerben sich um Baustellen und die Ansiedlung von Amerikanern auf ihren Gemarkungen. Alles läuft jedoch bisher noch „hinter den Kulissen“ ab und Verwaltungen bemühen sich oder sind dazu angehalten, Informationen über US-Baupläne möglichst als „Verschlußsache“ zu handhaben. Doch nichts ist so geheim, daß man es nicht erfahren kann — wie die nachfolgenden Ergebnisse von HZ-Recherchen der letzten Tage beweisen.

In Simmern — soviel ist bis jetzt vor der heutigen Stadtratssitzung durch die HZ bekanntgeworden — soll auf Domäne-Gelände eine Wohnsiedlung für US-Militärangehörige und deren Familien gebaut werden. Die Bereitstellung des dafür notwendigen Geländes (die Rede ist von sechs Hektar) ist Tagesordnungspunkt 1 der heutigen nichtöffentlichen Sitzung.

In öffentlicher Sitzung wollen sich — so war zu erfahren — die Fraktionen und auch Bürgermeister Berg in grundsätzlichen Erklärungen zu den Wohnsiedlungsbauplänen äußern.

Doch Simmern wandelt in dieser Sache nicht allein auf Freiersfüßen. Nachdem die Bezirksregierung im Auftrag der Landesregierung die Gemeinden aufgefordert hat, ihre Absichtserklärungen für den Bau von US-Wohnsiedlungen, beziehungsweise für die Bereitstellung von Gelände dafür abzugeben, gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Bewerbern. Interessierte Gemeinden — so lauten die Kriterien für die Bewerbung — sollten nicht unter 1000 Einwohner haben und Gelände für mindestens 140 Wohneinheiten zur Verfügung stellen.

Fest steht inzwischen, daß nach Sohren etwa 280 Wohneinheiten für Amerikaner kommen. Als Gelände ist dafür das Gebiet zwischen der Kreisstraße 2 (Straße von Sohren nach Niedersohren) und der Bahnlinie vorgesehen, insgesamt rund 14 Hektar. Baubeginn soll 1985 sein und die Arbeiten sollen bereits ein Jahr später abgeschlossen sein.

Um 140 Wohneinheiten bewirbt sich auch die Nachbargemeinde von Sohren, Büchenbeuren. Einen entsprechenden Beschluß faßte der Ortsgemeinderat am Freitagabend vergangener Woche in nichtöffentlicher Sitzung.

Weitere Bewerber um die Ansiedlung von 140 Wohneinheiten sind Kastellaun und Gemünden.

Auch die Gemeinde Rhaunen hatte ihr Interesse bekundet, soll allerdings zwischenzeitlich für den Bau einer Wohnsiedlung nicht mehr im Gespräch sein.

Kein großes Interesse an der Bereitstellung von weiterem Gelände für amerikanische Baumaßnahmen zeigte die Gemeinde Lautzenhausen. Der Gemeinderat hatte zunächst den Wunsch auf Bereitstellung von Gelände für die Ansiedlung bzw. Umsiedlung von verschiedenen Gebäuden aus dem Bereich des Flugplatzes Hahn nach außerhalb (PX-Laden, Kino, Kirche und ähnliches) abgelehnt. Nachdem ein Enteignungsverfahren eingeleitet worden war, zog die Gemeinde ihren Einspruch zurück, um letztlich nicht in den „Genuß“ des Mindestsatzes für Baugelände im Falle der Enteignung zu kommen. Auf dem Flugplatz Hahn sollen über kurz oder lang eine ganze Reihe von Einrichtung „ausgesiedelt“ werden. So kommen nach Informationen der HZ zum Beispiel die Bauplanung nach Sohren und Rhaunen — das sich angeboten hatte, Gelände für insgesamt 560 Wohneinheiten zur Verfügung zu stellen, was aber abgelehnt wurde — soll das US-Hospital des Flugplatzes bekommen.

In Hochscheid soll im Zusammenhang mit der Verstärkung des US-Militärs im Hunsrück auch der Bahnhof reaktiviert und somit gleichzeitig zumindest ein Abschnitt der Bahnstrecke Hermeskeil auf den Hunsrück wiederbelebt werden.

Alles in allem: es tut sich einiges, wenn auch bisher noch hinter verschlossenen Türen, aber bei steigendem öffentlichem Interesse. Und dieses Interesse wird umso größer, je geheimer die geplanten Maßnahmen behandelt werden.

Warum diese Geheimnistuerei?

Alle Informationen im Zusammenhang mit geplanten Bauten für amerikanische Militärangehörige werden, dies erfuhr die HZ bei ihren Recherchen in den letzten Tagen, sozusagen „hinter vorgehaltener Hand“ gehandelt.

Warum diese Geheimnistuerei? Ist dies notwendig?

Diese Fragen stellten wir auch Joachim Mertes, dem Bucher SPD-Landtagsabgeordneten, der in der Vergangenheit sich bereits mehrfach kritisch mit Fragen auseinandersetzt, die direkt und indirekt mit dem Bau der cruise-missiles-Station in Hasselbach und anderen damit zusammenhängenden Infrastrukturmaßnahmen zu tun haben.

Mertes meinte zunächst dazu, die Bürokratien fänden dies wohl notwendig. Sie versuchten geheim zu halten, was die Hunsrück Spatzen von allen Dächern pfliffen und müßten sich nicht wundern, wenn ihre Sachkompetenz zunehmend in Zweifel gezogen würde.

Der Abgeordnete wörtlich: „Unsere Landesregierung wäre gut beraten, wenn sie offen alle Maßnahmen auf den Tisch legen würde, die kommunalpolitiker damit befassen würde, um aus dem Dunst von Halbwahrheiten und Gerüchten herauszukommen. Ob die Debatte um eine Housing nämlich durch Informationen unter der Hand oder offiziell geführt wird, ist ein himmelweiter Unterschied. Gerade

die Housing-Debatte, ich erinnere an die schwierigen Verhandlungen damals in Kastellaun, sollte den Bürgern vorher Klarheit verschaffen, welche Belastungen zu erwarten sind.“

HZ: Welche Belastungen sind denn zu erwarten?

Mertes: „Wenn man Hunderte von Ausländern — auch wenn es amerikanische Soldaten sind — in den Hunsrück verpflanzt, bedeutet dies Probleme für die Kommenden und für uns: zuerst einmal die Probleme der Ghetto-Bildung. Die Probleme des zusätzlichen Verkehrs, der Parkflächen in einer Gemeinde, die Sprachprobleme, die Bereitstellung der sogenannten kommunalen Infrastruktur (z. B. Wasser, Abwasser, Strom usw.). Dabei ist jetzt noch kein Wort über das menschliche Miteinander gefallen!

HZ: Und warum wird das alles nicht offen diskutiert?

Mertes: „Weil die Bürokratien sich fälschlicherweise hinter Paragraphen verschansen und jeder andere das Maul deshalb hält, weil er kein „Anti-Amerikaner“ sein möchte. Beides ist falsch und nützt weder den kommenden Soldaten und ihren Familien, noch den Menschen im Hunsrück. Besser wäre es, jetzt alle Fragen offen zu beraten, jetzt die Probleme zu lösen, die auftauchen und nicht erst zu warten, bis die neuen Gäste da sind. Die Verwaltung tut sich überhaupt keinen Dienst mit ihrer schon lächerlich wirkenden Geheimhaltung.“

„Die Friedensbewegung übertreibt es langsam“

Zu: HZ-Nr. 247 (Die Menschenkette zwischen Hasselbach und Duisburg):

„Langsam übertreibt es die Friedensbewegung nun aber wirklich. Ich habe ja nichts dagegen, wenn sich diese Leute zusammenschließen und eine Menschenkette bilden, doch sollten sie sich dann gefälligst auch Friedensbewegung nennen und nicht etwa ihren Verein mit dem Namen „Hunsrück“ schmücken. So sah ich es z. B. am 20. 10. 1984 in Gödenroth. Dort stand ein riesengroßes Plakat mit der Aufschrift: „Der Hunsrück wehrt sich.“ Die Friedensbewegung tut also so, als wenn der Hunsrück komplett hinter ihr stehen würde. Doch das ist, glaube ich, genau falsch. Am gleichen Tag habe ich nämlich von einem eingefleischten Hunsrücker folgende Meinung gehört: „Die ganzen Hunsrücker Bauern sollten sich mal zusammentun und diesen Verrückten von der Friedensbewegung eine ordentliche Tracht Prügel zukommen lassen.“ Lothar Forster, Sabershausen

HZ 29. 10. 84

„... versuchen, gute Nachbarn zu werden“

Zu: „Amerikanische Wohnsiedlung in Simmern“.

„Kürzlich konnten die Simmerner Bürger in ihren Briefkästen ein aufschlußreiches Flugblatt der Jungsozialisten finden, mit dem sie gegen die in Simmern geplante amerikanische Wohnsiedlung Stellung nahmen. Nun sind wir ja aus der Vergangenheit gewohnt, daß die Jusos ein eher gestörtes Verhältnis zur Realität haben, aber nun wissen wir, daß sie in dieser Beziehung durchaus noch „steigerungsfähig“ sind. Da wird ein Zukunftsbild von Simmern entworfen, das jeder sachlichen Grundlage entbehrt.

1. Eine Zerstörung der Wohnqualität des „Burgenviertels“ durch eine evtl. entstehende amerikanische Wohnsiedlung ist durch nichts zu belegen, zumal die von der Stadt angebotene Baufläche unterhalb des FZA als Gewerbefläche geplant war und die Alternative „Hinterster Rinderberg“ in einiger Entfernung zum „Burgenviertel“ liegt. Die Jusos wollen also den betroffenen Bürgern einreden, daß ein Gewerbegebiet sie weniger belasten würde als eine Wohnsiedlung.

2. In die gleiche Richtung geht das Argument eines „enormen Wertverlustes“, den die Immobilienfachleute der Jusos den Grundstückseignern im Burgenviertel voraussagen: eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, die nur ein Ziel verfolgt, Emotionen zu wecken, um einer

sachlichen Betrachtung den Blick zu verstellen.

3. Die Jusos verwenden in ihrem Flugblatt Begriffe, deren Tragweite ihnen anscheinend nicht bewußt ist, sonst hätten sie im Zusammenhang mit einer Wohnsiedlung nicht den Begriff „Getto“ verwenden können.

4. Zusätzliche Infrastrukturprobleme (Wasser, Müll, Abwasser) ins Feld zu führen, um gegen die Amerikaner Stimmung zu machen, ist eigentlich zu dümmlich, um darauf näher einzugehen. Als ob nur Amerikaner Wasser verbrauchen, Müll und Abwasser produzieren. Diese Probleme entstehen doch durch jede neue Wohnsiedlung und die Stadt wird sich weiterentwickeln.

5. Mit der Prognose steigender Kriminalität als Folge der Wohnsiedlung schließlich disqualifizieren sich die Jusos selbst. Da kommt eine Geisteshaltung zum Ausdruck, die einer demokratischen Organisation nicht gut zu Gesicht steht.

Eine Beteiligung der Bürger wurde vom Bürgermeister und allen im Stadtrat vertretenen Parteien zugesagt. Solange über den endgültigen Standort noch nicht entschieden ist, sollte man nicht eine Diskussion anheizen, bei der im luftleeren Raum argumentiert wird.

Sollten wirklich Amerikaner nach Simmern kommen, so sollten wir sie vorurteilslos aufnehmen und versuchen gute Nachbarn zu werden.

Hermann-Josef Linn, Simmern

02.11.1984

„Mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel“

Zu Leserbrief „Die Friedensbewegung
übertreibt es langsam“ (HZ vom 29. 10.
84):

„Was ist Herr Forster nur für ein
Mensch. Es gibt pro Kopf mehr Spreng-
stoff als Nahrungsmittel. Herr Forster
sollte sich lieber überlegen, was er sagt.

Herr Forster sollte sich mal einen Satz
zu Gemüte führen. Im Atomkrieg gibt es
keine Sieger und keine Verlierer, son-
dern nur Tote. Vielleicht kann er dann
verstehen, warum die sogenannten „Ver-
rückten“ dort stehen und sich von Leu-
ten wie seinesgleichen als langhaarige,
Kommunisten, Arbeitslose und Schweine
bezeichnen lassen müssen.

Wir ist nur eins aufgefallen: daß sich
keiner der Friedensbewegung dazu hin-
reißen ließ, dazu auch nur ein Wort zu
verlieren. Ich frage mich, was ein Herr
Forster in dieser Lage gemacht hätte.

Lothar Schwickert, Dillendorf

02. 11. 1984

„Als Jungsozialist schwer getroffen“

Zu: Kommentar von Bert Baden „Diskussion ja — aber nicht kriminalisieren“ (HZ vom 25. 10. 84):

„Wieder einmal hat der HZ-Redakteur Bert Baden einen emotionalen Kommentar auf die Hunsrücker Bevölkerung losgelassen, dem ich in energischer Weise widersprechen muß.

In seinem Kommentar vom 25. Oktober brachte er die Jungsozialisten der Verbandsgemeinde Simmern mit Rassisten in Verbindung. Gerade mich als Jungsozialist hat dies schwer getroffen, wo doch im 3. Reich hunderttausende Sozialdemokraten (darunter auch viele Jusos) von dem rassistisch eingestellten NS-Regime in Konzentrationslagern umgebracht wurden.

Ich wäre Herrn Baden sehr dankbar, wenn er mir auch nur eine Stelle im Flugblatt der Jungsozialisten zeigen würde, in der US-Soldaten oder deren Angehörige rassistisch angegriffen oder diskriminiert wurden. (Anmerkung der Red.: Zitat aus dem Juso-Flugblatt: Was bringt das für die Bürger unserer Stadt? . . . Gefahr ansteigender Kriminalität als Konsequenz der Ghettoisierung . . . / Frage aus dem Kommentar: Ist nur ein Deutscher ein guter Mensch?)

Ist man heute schon Rassist, wenn man sich gegen die amerikanische Hochrüstungspolitik und die damit verbundene Stationierung von Bedienungspersonal der Cruise-Missiles-Batterie Hasselbach ausspricht?

Als Jungsozialist kritisiere ich aber auch das Verhalten des Simmerner SPD-Bürgermeisters Wolfram Berg, der gegen geltende Beschlüsse seiner (und meiner) Partei gehandelt hat. Vermutlich wurden bereits vor den Kommunalwahlen 1984 Verbindungen zu verschiedenen Ministerien in Mainz aufgenommen und das In-

teresse der Stadt Simmern an Militärowohnsiedlungen bekundet. Dies teilte er seiner Wählerschaft jedoch nicht mit.

Die Entscheidung über die Housing sollte in nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats im Ruck-Zuck-Verfahren ohne Wissen der Bevölkerung durchgebracht und die Wohnsiedlungen den Simmerner Bürgern einfach vor die Nase gesetzt werden. Kein feiner Stil!“

Markus Lorenz, Sozialdemokrat und Mitglied der Juso-AG Simmern.

„Stehe als Prügelknabe zur Verfügung . . .“

Zu Leserbrief: „Die Friedensbewegung übertreibt langsam“ (HZ vom 29. 10. 84):

„Zu dem letzten Satz in dem o. gen. Leserbrief möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich mich als Prügelknabe zur Verfügung stelle, denn die Meinung des „eingefleischten Hunsrückers“ ist offensichtlich auch Ihre Meinung. Ich bitte um eine Terminvereinbarung.

Des weiteren möchte ich zu dem Brief bemerken, daß Ihrer Aussage wenig Sachverstand zugrunde liegt. Wobei ich hinzufügen möchte, daß ich noch vor einigen Monaten, ebenso wie Sie und der „eingefleischte Hunsrücker“, wenig über die Friedensbewegung wußte.

Deshalb möchte ich den Verfasser bitten, daß er sich eingehend über die Arbeit der „Hunsrücker Friedensbewegung“ in Gödenroth unter der Leitung des ev. Pfarrers V. Albrecht, informiert. Ich lade ihn hiermit zu einem Informationsgespräch ein. Er wird feststellen, daß wir sehr friedliche und umgängliche Leute sind. Ihren Argumenten und Aussagen werden wir mit Toleranz begegnen.“

Hans W. Klein. Gödenroth

HZ 3.14.11.84

„Törichter ist kein anderes Volk“

Zu Artikeln und Leserbriefen in der RZ im Oktober 1984 zur Friedenskette auf dem Hunsrück.

„Infolge eines Unfalles war ich einige Monate krank und hatte Zeit auch einige Bücher zu lesen, von der alten Schulbibel bis hin zu mehreren Geschichtsbüchern. Beim lesen der Rhein-Zeitungs-Berichte, insbesondere der Leserbriefe zur Friedenskette, mußte ich dann immer wieder an das Urteil des französischen Kaisers Napoleon I. über die Deutschen, welches er auf der Insel Elba abgegeben hat, denken. Zwiespalt brauchte ich unter ihnen nie zu säen. Ich brauchte nur meine Netze zu stellen, und sie liefen von selbst hinein. Törichter ist kein anderes Volk auf der Erde. Keine Lüge kann grob genug ersonnen sein, die Deutschen glauben sie. Stets kämpften sie erbitterter untereinander, als gegen den wirklichen Feind.

Ich glaube nun, daß dieses Urteil heute noch genau so zutreffend auf die Deutschen ist, wie damals. Werden doch heute schon wieder Deutsche von anderen Deutschen in gute und böse Menschen eingeteilt und dabei immer die Kommunisten als die Schlimmsten hingestellt. Auch im dritten Reich hat man Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen zusammen in Konzentrationslager gesteckt und auch umgebracht. Heute stehen wieder Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Grüne und viele andere Deutsche gemeinsam in der Friedensfront, und sie werden wieder verunglimpft.

Aber was haben wir uns denn 1945 freiwillig in der Gefangenschaft geschworen, Offiziere wie Soldaten und andere Dienstgrade, „nie wieder deutsches Militär“. Als ich und ein schon verstorbener Kamerad, der auch in russischer Kriegsgefangen-

schaft war, uns für diesen Schwur einsetzen, in den 50er Jahren, wurde uns vorgehalten, wir hätten uns in Russland verpflichten müssen, Bundeskanzler Adenauer zu stürzen. Wie absurd so etwas damals doch war. Tatsache ist, daß ich bei meiner Entlassung im Durchgangslager in Erfurt unterschrieben habe, nie wieder mit der Waffe in der Hand russisches Territorium zu betreten.

Wie stolz können die ehemaligen Kriegsteilnehmer auf die heutige Jugend sein, die unseren Schwur wieder neu belebt. Hat man diese heutige Jugend denn nicht in der Schule gelehrt, daß Deutschland am Ersten und Zweiten Weltkrieg schuld sei, und kann man es ihnen übel nehmen, wenn sie am Dritten nicht schuldig werden wollen. Alle Deutschen und ganz besonders die Christen mußten doch nun diese Friedensinitiativen unterstützen und sollten für eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa eintreten von der Maas bis an die Memel und von der Elbe bis an den Belt, statt den Vorbereitungen eines Schlachtfeldes in diesem Raum zuzuschauen. Wie sagte schon der 1952 verstorbene Kardinal Faulhaber: „Ihr habt gehört; es ist ehrenvoll für das Vaterland zu sterben; ich aber sage euch: es ist ehrenvoll für das Vaterland zu leben! Heute gibt es keine geheiligten Schwerter mehr. Der Krieg von heute schlägt der Menschheit, dem Sieger wie dem Besiegten, so tiefe Wunden, daß beide mit der Zeit daran sterben.“

Wie sagte doch der andere Kriegsteilnehmer, ich glaube General, Dwight D. Eisenhower: „Der Krieg ist eine Sache, bei der sich Millionen Menschen, die sich nicht kennen, umbringen auf Befehl einiger, die sich sehr gut kennen, aber nicht umbringen.“

Albert Scale, Boppard-Hirzenach

„So entstehen Zerrbilder“

Zu RZ-Leserbrief vom 31. Oktober, „Kritisch zur Friedenskette“

„Da hat Herr Taubert also am 20. Oktober im Bereich Buchholz die Teilnehmer der Menschenkette beobachtet und festgestellt, daß kaum Einheimische beteiligt waren, die meisten Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik herangekarrt wurden, und daß die ganze Aktion von DKP-Funktionären und DKP-Sympathisanten beherrscht wurde.

Jeder, der die bisher gelaufenen Aktionen der Friedensbewegung kritisch beobachtet hat, wird festgestellt haben, daß die DKP diese Aktionen immer benutzt hat und wohl in Zukunft auch benutzen wird, um auf sich aufmerksam zu machen, sei es durch Transparente, Plakate und sonstige Mittel.

Da bei der Veranstaltung in Buchholz sich aber nur eine eindeutige Minderheit dieser Mittel bediente, muß Herr Taubert wohl andere Merkmale eines DKP-Sympathisanten kennen. Welche, verriet er uns in

seinem Leserbrief nicht.

Ich frage mich, wenn die Aktion von der DKP beherrscht wurde, wo waren dann bei der Auftaktkundgebung die Redner dieser Partei? Vielleicht ist hier jemand einem Vorurteil unterlegen, welches wieder einmal durch eine Minderheit verursacht wurde.

Wenn Herr Taubert der Meinung ist, die Aktionsformen und Meinungsäußerungen der Friedensbewegung seien der falsche Weg, so muß man das als seine persönliche Meinung akzeptieren. Jedoch ist der Weg sehr gefährlich, wenn man in einem kurzen Zeitungsartikel unerläuterte Schlagworte wie „Antiamerikanismus“ oder „Frieden in Freiheit“ gebraucht, und dazu noch die falsche Aussage macht, Freiheitsrechte würden nur in NATO-Ländern praktiziert. So entstehen Zerrbilder, die böse Folgen haben können.“

Albrecht Seus, Boppard-Buchholz

03. 11. 1984

Stadtrat stimmte 70 Einheiten zu

-jcl- KASTELLAUN. Der Stadtrat Kastellaun sprach sich bei seiner jüngsten Sitzung im öffentlichen Teil mit großer Mehrheit dafür aus, weitere 70 Wohneinheiten für den Bau einer amerikanischen Housing zur Verfügung zu stellen. Das Gelände steht im Baugebiet XII D — im Anschluß an die bereits bestehende US-Siedlung (parallel zur Hunsrückhöhenstraße) — zur Verfügung. Für dieses Gebiet besteht ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan. 74 Wohneinheiten sind in Kastellaun bereits insgesamt vorhanden.

Die Stadtratsentscheidung fiel mit 15 Ja-, bei drei Nein-Stimmen.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, Bauplanung und Bauausführung zunächst einem privaten Investor zu überlassen und nicht der Bundesvermögensverwaltung.

HZ 6. 11. 84

142 3. 14. 11. 84

Kommentar überflüssig

Zu „Menschenkette“ und Leserbrief von Herrn Forster (HZ vom 29. 10. 84):

„Ich beabsichtige nicht, eine wochenlange Diskussion über den Leserbrief des Herrn Forster zu führen, der meiner Meinung nach auch keinerlei Grundlage für eine Diskussion beinhaltet. Zwei Dinge bleiben aber doch anzumerken:

1. Ich weiß nicht, inwieweit Herr Forster Probleme mit den Augen hat. Anders kann ich mir seinen Brief nicht erklären, denn auf dem Transparent stand groß und deutlich die Aufforderung: „Hunsrücker — leistet Widerstand“ und nicht die von Herrn Forster beanstandete Feststellung „Der Hunsrück leistet Widerstand“. Ich bin gerne bereit, ihm das an Ort und Stelle zu zeigen oder vorzulesen.

2. Zu seiner Bemerkung, daß die Bauern sich zusammenschließen sollten, um der Friedensbewegung eine Tracht Prügel zu verabreichen, ist eigentlich jeder Kommentar überflüssig. Davon abgesehen, daß die Hunsrücker Bauern ihre Zeit wahrscheinlich besser nutzen können (u. a. standen etliche in der Menschenkette), erinnert mich dieser Ausspruch an eine Zeit, in der man Andersdenkende anfangs auch „nur“ verprügelte, um ihnen die „richtige“ Meinung beizubringen.

Klaus-Peter Müssig, Gödenroth

„Der Hunsrück wehrt sich doch“

Zu: Leserbrief: „Die Friedensinitiative übertreibt langsam“ (HZ vom 29. 10. 84):

„Lieber Herr Lothar Forster! Sie haben den Text auf dem riesengroßen Plakat nicht mehr genau in Erinnerung behalten. Es stand darauf nicht „Der Hunsrück wehrt sich“ sondern „Hunsrücker leistet Widerstand, keine Cruise Missiles nach Hasselbach“.

Die Tatsache, daß in unserem Land in diesem Jahrhundert schon zweimal aufgerüstet wurde und die Abrüstung in Form von Krieg stattfand, soll uns zum Widerstand gegen die Aufrüstung in Hasselbach aufrufen.

Nach der Menschenkette stellen wir fest, der Hunsrück wehrt sich doch — und immer mehr.

Wußten Sie schon: Rüstung tötet auch ohne Krieg?

Ihren Aufruf zum Bauernkrieg wollen wir ernst nehmen und sie in unser Friedensgebet miteinschließen.

Für die Friedensgruppe in Gödenroth: Georg Sauer, Werner Baumgarten, Ruth Albrecht, Irene Brück, Hiltrud Müssig,

Klaus Baumgarten, Ursula Köhler, Inge Jörns, Hans Schlicht, Petra Schneider, Hilde Brück, Ingrid Fleiß und Claudia Brück.

Keine Mehrheit bei SPD

Zu Leserbrief: „Es geht um die Funktion der Amerikaner (HZ vom 30. 10. 84).“

„Im Leserbrief von Jutta Christ und Heidrun Zimmer-Wagner wird u. a. behauptet, daß sich die SPD-Gemeinderäte von Simmern, Sohren, Büchenbeuren, Kastellaun und Gemünden „mehrheitlich um die US-Wohnsiedlungen auf ihren Gemarkungen“ bemühen. Was die SPD-Fraktion im Gemeinderat von Sohren angeht, so ist diese Aussage einfach falsch. Dies gilt ebenfalls für den SPD-Ortsverein Sohren. In beiden Gremien gibt es keine Mehrheit, die sich für diese Siedlungsobjekte ausspricht.

Wir bedauern, daß die Briefschreiberinnen sich so schlecht informierten, bevor sie den Leserbrief verfaßten. Die SPD hat keinen Bedarf an Profilierung in der Friedensbewegung. Wie sieht das eigentlich bei anderen aus?“

Henning Caspari, Sohren (SPD-Fraktionssprecher).

S. 11. 84
142

„Jedem das Recht auf Meinungsäußerung“

**Zu Leserbrief: „Die Friedensbewegung
überreibt langsam“ (HZ vom 29. 10. 84):**

Wenn es nicht so traurig wäre, Herr Forster, könnte man herzhaft lachen über Ihren Brief. Sie haben zwar nichts gegen die Menschenkette, aber daß der Hunsrück überhaupt erwähnt wird, bringt Sie gegen die Friedensbewegung auf. Auch die Aussage eines „rechtschaffenen“ Hunsrücker Bauern, der übrigens auch verallgemeinert, finden Sie für richtig. Man könnte fast annehmen, von Demokratie haben Sie noch nichts gehört. Es gibt viele Hunsrücker, auch viele Bauern, die aktiv mit der Friedensbewegung arbeiten und diese Leute haben das gleiche Recht, ihren Hunsrück mit Namen zu nennen, wie die anderen, die sich einfach nicht entschließen können aktiv zu werden und zwar gewaltfrei. Man kann von der Friedensbewegung in unserer Umgebung wirklich nicht behaupten, daß sie mit Brechstangen ihr Ziel verfolgt, was aber Ihr Hunsrücker Bauer anscheinend tun würde. Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß ich nicht der Friedensbewegung angehöre, sondern einfach nur bereit bin, jedem Menschen das Recht auf seine freie Meinungsäußerung zuzubilligen.“

Christa Günster, Kirchberg

„Verminderung der Lebensqualität“

**Zu: „Die Friedensbewegung überreibt
es langsam“, HZ vom 29. Oktober:**

„In dem Leserbrief vom 29. Oktober wird davon gesprochen, daß die Parole Der Hunsrück wehrt sich, nicht verallgemeinert werden kann.

Natürlich kann man das nicht. Es ist doch klar, daß es immer noch Leute in der Bevölkerung gibt, die den Sinn solcher Demonstrationen nicht verstehen, oder nicht verstehen wollen.

Falsch ist auch, alle Bauern in einen Sack zu stecken und zu sagen: Die ganzen Hunsrücker Bauern sollten sich mal zusammmentun und diesen Verrückten von der Friedensbewegung eine ordentliche Tracht Prügel zukommen lassen. (HZ vom 29. Oktober).

Man kann wohl mit Sicherheit behaupten, daß das nicht der Fall ist. Damit würden sich ja die Landwirte ins eigene Fleisch schneiden. Sie sollten sogar froh sein, daß es Leute gibt, die gegen diese Wahnsinnsrüstung demonstrieren.

Denn durch die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen im Hunsrück steigt natürlich auch der Manöver-Betrieb, und mit ihm die Anzahl der Flurschäden.

Außerdem hätten die neuen Waffen eine Verminderung der Wohn- und Lebensqualität für einen Großteil unserer Bevölkerung zur Folge.

Reiner Lehmüller

Wo blieben Nein-Stimmen der SPD-Ratsmitglieder?

Zu Bericht über Bau einer US-Housing in Simmern, HZ vom 25. Oktober:

„Mit Bedauern mußte ich feststellen, daß der Simmerner Stadtrat die Weichen für eine eventuellen US-Wohnsiedlung in Simmern gestellt hat. Man muß sich fragen, wo denn hier die Nein-Stimmen der SPD-Ratsmitglieder blieben. Im Herbst letzten Jahres sprach sich die SPD gegen eine Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen aus. Dem Anschein zufolge fehlt den Simmerner Sozialdemokraten jedoch die Fähigkeit, die Zusammenhänge zwischen Stationierung und einer Militärwohnsiedlung zu sehen. Na ja, die Hauptsache ist, die heimische Bauwirtschaft wird belebt.

Gefreut hat es mich, daß zumindest der Jungsozialist Michael Hilken, der als Einziger der Rats-„Herren“ gegen dieses mögliche Bauvorhaben stimmte, Courage und Rückgrat bewiesen hat. In diesem Zusammenhang ist noch zu bemerken,

daß ein von den Jusos verteiltes Flugblatt keineswegs rassistische Aussagen enthält, sondern die Gefahren einer zusätzlichen Militarisierung in Simmern aufzeigt. Es geht hier nicht um Amerikaner, sondern um Soldaten.

Für das beschämende Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten scheint ein gewisser Fregatten-Kapitän, der auch als Bürgermeister fungiert, zum großen Teil mitverantwortlich zu sein. Mein Tip für Herrn Berg wäre, die Partei zu wechseln. Vielleicht ergibt sich aber auch noch die Möglichkeit, als Landrat in einem anderen Kreis Fuß zu fassen.

Wie lange dauert es denn noch, bis die Hunsrücker wach werden und die Militärs, die sie ohne Bedenken größter Gefahr aussetzen, zum Teufel jagen? Hoffentlich ist es dann noch nicht zu spät.

Dietmar Scherer, Gartenstraße 4, Holzbach.

03.11.1984

„Große Koalition in den Rathäusern . . .?“

„In den letzten Tagen und Wochen mußte ich aus der Lokalpresse erfahren, daß SPD-Stadt- und Gemeinderatsmitglieder in Hunsrücker Städten und Dörfern der Bereitstellung von Gelände zum Bau von Wohnsiedlungen für amerikanische Militärangehörige zugestimmt haben (Abstimmungsergebnis in Kastellaun: 15 dafür, 3 dagegen).

Wird nun auch in den Rathäusern in Sachen Housing ‚große Koalition‘ demonstriert, nachdem diese schon auf Kreisebene in Sachen 240-Liter-Mülltonne praktiziert wurde?

Auf Ortsebene entscheiden sich SPD-Fraktionsmitglieder mit ihrer Abstimmung für den Bau von Wohnanlagen für Raketenpersonal gegen die offizielle Parteilinie. Mir klingen noch die großen Worte des SPD-Landtagsabgeordneten und Ortsvereinsmitgliedes Kastellaun, Mertes, im Ohr, der auf der Schlußkundgebung des diesjährigen Ostermarsches in Kastellaun sagte: „Die SPD hat den aufrechten Gang wieder gelernt.“ Gemeint war ihr Nein zur Nachrüstung und damit zur Stationierung der Cruise Missiles in Bell/Hasselbach. Wo bleibt denn die so beschworene aufrechte Haltung in der Housing-Frage? Wenn die SPD Nein sagt zur Raketenaufstellung, muß sie auch ein klares Nein sagen zu allem, was damit in Zusammenhang steht.

Daß der Bau der Housing in direktem Zusammenhang mit der Stationierung der Cruise Missiles steht, muß jedem, auch uns einfachen Menschen, einleuchten; werden doch hier Wohnungen bereitgestellt für Raketenpezialisten und Wartungspersonal der Cruise Missiles.

Wer das begriffen hat. und das sollte

man bei den SPD-Fraktionsmitgliedern voraussetzen, darf sich nicht von irgendwelchen vordergründigen u. fragwürdigen Interessen leiten lassen, einem solchen militärischen Projekt zuzustimmen oder gar noch die Initiative zu ergreifen.

Christel Fey, Bell

Wer ist scheinheilig im Stadtrat Kastellaun?

„Die in einer öffentlichen Sitzung in dem Kastellauner Stadtrat getroffene Entscheidung für 70 weitere amerikanische Wohneinheiten ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Wählergruppe Emmel und mit 3 Stimmen der sechsköpfigen SPD-Fraktion zustande gekommen. Drei Mitglieder der SPD-Fraktion, darunter auch Siegfried Gockel, waren gegen diese Ansiedlung mit der Begründung, wer gegen die Stationierung sei, müsse auch gegen Wohnungen für amerikanische Soldaten sein. Alle Fraktionen hatten in Besprechungen vor der Stadtratssitzung dieses Thema ausgiebig und eingehend erörtert. Von „Durchpeitschen“ konnte keine Rede sein.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion, die mit den übrigen Stadtratsmitgliedern für die 70 Wohneinheiten gestimmt haben, werden sich dies auch reiflich überlegt und ihre guten Gründe für ihr Ja gehabt haben. Ob ohne Stationierung alle SPD-Ratsmitglieder in Kastellaun für die Erweiterung der amerikanischen Wohnsiedlung gestimmt hätten?

Bleibt jetzt wirklich die Frage, wer im Kastellauner Stadtrat scheinheilig ist.

Ernst Zeimetz, Fraktionssprecher der CDU im Stadtrat Kastellaun

H2 19.11.84

Keine grundsätzliche Absage zu Kirchberger US-Wohnsiedlung

Stadtrat faßte einen Grundsatzbeschuß in öffentlicher Sondersitzung

-h- KIRCHBERG. Das Thema „Ansiedlung amerikanischer Wohneinheiten in Kirchberg“ ist in letzter Zeit „Thema eins“ in der „Stadt auf dem Berge“. Bereits vor vierzehn Tagen führte man im Stadtrat hierüber ein informatives Gespräch. Nun stand dieses Thema als Punkt eins zur Beschlußfassung auf der Tagesordnung einer neuerlichen Sitzung des Stadtparlamentes. Zu dieser Sitzung, die von Stadtbürgermeister Lanninger geleitet wurde, hatten sich erfreulich viele Zuhörer eingefunden, ein Beweis des großen Interesses in der Bürgerschaft. Vor der öffentlichen Sitzung fand eine Bürger-Fragestunde statt. Unter anderem wollte man wissen, wie hoch sich der Schaden beläuft, der im Kirchberger Stadtwald als Folge des kürzlichen Unwetters entstanden ist. Nach Auskunft zuständiger Stellen wurden rund 3000 Festmeter in Mitleidenschaft gezogen.

Die Frage der Zuständigkeit des Stadtrates für einen Beschluß, daß Kirchberg zu einer atomfreien Zone erklärt wurde, verneinte der Bürgermeister. Hierzu führte er aus: „Der Kirchberger Stadtrat hat sich immer für die Belange der Bürger eingesetzt und seine Entscheidungen unter diesem Gesichtspunkt getroffen. Alle im Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik stehenden Fragen und Belange fallen nicht in die Kompetenz des Stadtrates sondern sind ausschließlich Sache des Bundes“.

In der sich anschließenden öffentlichen Sitzung begründeten die Sprecher der vier im Stadtrat vertretenen Parteien ihren Standpunkt zu dem Thema „Ansiedlung amerikanischer Wohneinheiten in Kirchberg“.

Werner Klockner, Fraktionssprecher der SPD, führte zu diesem Thema u. a. aus: „Moral ist nicht teilbar! Wer die Nachrüstung und die Stationierung weiterer Waffensysteme auf dem Hunsrück ablehnt, kann nicht mit gutem Gewissen eine Ansiedlung weiterer amerikanischer Wohneinheiten befürworten, um an ihnen zu verdienen. Ökologische Gesichtspunkte und die Interessen unserer Landwirte dürfen ebenfalls nicht vergessen werden“. Der Flächenbedarf bei 70 und mehr Wohneinheiten sei sehr hoch, und als Bauflächen stünden in Kirchberg nur landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Verfügung. Die vielfach vertretene Ansicht, weitere amerikanische Wohnsiedlungen brächten der Stadt wirtschaftlichen Aufschwung, sei falsch. Die Geschäftsleute würden keinen größeren Umsatz haben, denn die Amerikaner kaufen auf dem Hahn. Bei den zu bauenden Häusern würden auswärtige Großfirmen verdienen, nicht aber die heimische Bauwirtschaft. Zu bedenken sei: was wird aus den vielleicht 200 Wohnungen, wenn sie (bei erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen) nicht mehr benötigt werden? Wer soll die Wohnungen kaufen, und das bei stagnierender Einwohnerzahl! Nicht vergessen sollte man auch die Verschandelung des Stadtbildes. Außerdem: Kirchberg sei nicht gebeten worden (wie andere Gemeinden) Land zur Verfügung zu stellen. Kirchberg müsse endlich die Anerkennung als Bundesausbaubereich erhalten. Kirchberg benötige Fördermittel aus dem Städteförderungsprogramm. Kirchbergs Zukunft liege nicht in der Erstellung weiterer amerikanischer Wohnsiedlungen, sondern in der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Klockner schloß mit folgendem Antrag: „Der Stadtrat möge beschließen, daß sich Kirchberg nicht um die Ansiedlung weiterer amerikanischer Wohnsiedlungen bewirbt“.

Fraktionssprecher Jakob Lamby führte für die CDU unter anderem aus, es sei unumgänglich, für ein Wachstum der Stadt Kirchberg einzutreten. Es spiele dabei eine untergeordnete Rolle, wer die neuen Häuser bewohne, ob Amerikaner,

Deutsche oder Europäer. Wörtlich: „Betrachten wir uns die umliegenden Gemeinden Simmern, Kastellaun, Rheinböhlen und andere, sie haben ihre Einwohnerzahl fast verdoppelt. Soll Kirchberg stehen bleiben, möchten wir einen Rückschritt ins Mittelalter verantworten?“

Eine Stadt braucht Bewohner und wo sich Leute angesiedelt haben, wird auch der Handel blühen und das immer zum Wohle der Stadt. Soll es uns ergehen, wie unseren Dörfern ringsum? Dort gab es früher einen Wagner, einen Schmied, einen Laden. Dann zog die Jugend weg, die Auflösung der Gewerbebetriebe war die Folge. Die Amerikaner sind nun einmal der größte Arbeitgeber. Die Verbandsgemeinde Kirchberg lebt davon und ihre Bewohner erhalten dort ihr Ein- und Auskommen. Wenn die Amerikaner ab-

Anzeige!



zögen, wäre Rheinland-Pfalz ein armes Land. Abschließend führte der CDU-Sprecher aus, es sei unbestreitbar, daß der Rat der Stadt keine Gruppenvertretung sei, er vertrete vielmehr die Interessen aller Bürger. Der Bau weiterer amerikanischer Wohnsiedlungen gereiche allen zum Vorteil, der Stadt mit ihren Einwohnern, ihrer Industrie, ihrem Handel sowie allen Geschäfts- und Gewerbebetrieben. Daher stimme die CDU einer Ansiedlung weiterer amerikanischer Wohneinheiten zu.

Der Vertreter der Partei der Grünen, Dr. Hans Dunger, führte unter anderem aus: „Wir Kirchberger mögen die Amerikaner als Menschen. Wir sehen aber einen Zusammenhang zwischen dem Bau neuer Wohnsiedlungen für die Amerikaner und dem Bau weiterer militärischer Anlagen auf dem Hunsrück. Wir sind gegen diese Aufrüstung und deshalb auch gegen Wohnsiedlungen für Personal, das die Rüstungsanlagen bedient. Weitere Aufrüstung gefährdet unsere Heimat. Es ist nicht zu leugnen, daß durch weitere Amerikaner mehr Kaufkraft in unseren Raum kommt. Wenige Geschäftszweige können durchaus einige Vorteile davon haben. Dürfen wir aber an der Aufrüstung verdienen? Sehr bedenklich erscheint mir, daß unsere heimische Wirtschaft, unser Wohnungsmarkt und viele Arbeitsplätze immer stärker von der Anwesenheit der Amerikaner abhängig werden. Um so mehr wird unser Raum einmal wirtschaftlich vom Abzug der Amerikaner getroffen. Und was geschieht mit den neuen Wohneinheiten, wenn die Soldaten gehen? Welche Bevölkerungsschichten werden sie dann nutzen? Von der Umgehungsstraße werden schon jetzt viele Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen. Durch

eine neue Wohnsiedlung würden weitere sechs bis sieben Hektar verbraucht. Gegenüber künftigen Generationen erscheint es unverantwortlich in kurzer Zeit so viel Land heute in Anspruch zu nehmen. Es scheint verfehlt, den Rückgang der deutschen Wohnbevölkerung durch Zugang von Amerikanern ausgleichen zu wollen. Durch weitere militärische Anlagen wird unser Wohngebiet nicht attraktiver“. Aus diesen Überlegungen heraus stimme die Fraktion der Grünen gegen weitere amerikanische Wohnsiedlungen.

Der Vertreter der Freien Wählergruppe, Werner Elsen, war der Meinung, man sollte sich bei der Entscheidung über die anstehende Frage auf kommunale Gesichtspunkte beschränken und nicht in Ideologie verfallen. Die Nachrüstung werde durch eine eventuelle Weigerung Kirchbergs, amerikanische Familien hier anzusiedeln, nicht verhindert. Die Bezirksregierung suche auch nicht händelnd nach Standorten für geplante amerikanische Wohnsiedlungen. Im Gegenteil: nach vorliegenden Informationen interessieren sich mehr Gemeinden dafür, als nötig seien. Auch das ökologische Argument des Landverbrauchs ziehe nicht: in dieser Hinsicht sei es gleich, ob die Wohnsiedlungen in Simmern, in Kirchberg oder sonstwo in der Nähe gebaut würden. Die Entscheidung sollte sich daher allein daran orientieren, ob eine solche Ansiedlung der Stadt mehr Vorteile oder Nachteile bringe. Dabei müsse die Konkurrenzsituation Kirchbergs zu benachbarten Gemeinden ähnlicher Größenordnung bedacht werden. Wörtlich: „Wir halten es für ganz wichtig, zunächst bei der Bezirksregierung in Erfahrung zu bringen, warum Kirchberg bei dieser Sache übergangen wurde.“ Es nütze nichts, wenn davon geträumt werde, durch Industrieansiedlung Arbeitsplätze zu schaffen und durch großzügige Stadtsanierung Kirchbergs Attraktivität zu erhöhen. Die Stadt habe bisher dafür alles getan, was möglich war. Solange aber Nachbarstädte massiv gefördert würden und Kirchberg nicht, müsse Kirchberg erst recht jede sich bietende Möglichkeit nutzen, seine Situation zu verbessern. Elsen schloß mit folgendem Antrag: „Um dem Bürgermeister künftig ein schnelleres Reagieren zu ermöglichen und nicht nutzlos über nicht bekannte Einzelheiten zu diskutieren, soll der Rat zunächst darüber abstimmen, ob die Mehrheit des Rates den Bau von Wohnsiedlungen für amerikanische Familien für die nächsten Jahre generell ablehnt.“

Nach einer ergänzenden lebhaften Diskussion, in der die vorgebrachten Argumente weiter vertieft wurden, erfolgte die Abstimmung über folgende Frage: „Soll der Kirchberger Stadtrat grundsätzlich ablehnen, Land zum Bau amerikanischer Wohnsiedlungen zur Verfügung zu stellen?“

Dieser in öffentlicher Sitzung zur Abstimmung gebrachte Antrag wurde mit 14 zu sechs Stimmen abgelehnt. Über diesbezügliche Grundstücksfragen sollte in der internen Sitzung beraten werden.

Anschließend beschäftigte sich der Rat mit der Anlage des neuen Parkplatzes in der Fuchsbräugasse. Es wurde beschlossen, die Fuchsbräugasse mit Lavabasalt zu belegen und den Parkplatzbelag mit einem zu den Natursteinen passenden Oberflächenmaterial auszustatten. In der Beleuchtungsfrage war man sich darin einig, historischen Lampen den Vorzug zu geben.

Wenn die Grünen meinen ...

VON BERT BADEN

Die Grünen wollen den Beschluß des Stadtrates in Kirchberg über die Bereitstellung von Gelände für den eventuellen Bau einer amerikanischen Wohnsiedlung juristisch anfechten, wegen Interessen-Kollision einzelner Ratsmitglieder, die nach eigenem Bekunden Vorteile beim Bau einer solchen Siedlung hätten. Dies teilten „die Grünen“ schriftlich der Presse mit. Der endgültige Beschluß über juristische Schritte, so heißt es weiter in der Mitteilung, soll bei der Kreismitgliederversammlung am Montag fallen.

Wohlgemerkt: „Die Grünen“ wollen eventuell vor Gericht ziehen, nicht der einzige Vertreter der Grünen im Kirchberger Stadtrat, Dr. Hans Dunger.

Der wußte gar nichts von der Initiative und erfuhr erst davon, als Axel Weirich ihn aufsuchte, um ihm mitzuteilen, daß er so etwas „angeleiert“ und an die Presse gegeben habe!

Dies jedenfalls erklärte Dr. Hans Dunger gestern der HZ in einem Telefongespräch auf die Frage nach seiner Meinung dazu.

Das also ist die oft zitierte Basisdemokratie: Ein Grüner ernannt sich zu „den Grünen“, schickt Mitteilungen an die Presse ab und informiert dann den einzigen wirklich direkt Beteiligten, den Vertreter der Grünen im Gemeindeparlament nachträglich.

Das ist das Rotationsprinzip der Mel-

nungsbildung bei den Grünen: Einer meint öffentlich für alle – mal abwarten, ob alle das auch meinen bei den Grünen.

Einer jedenfalls, Dr. Hans Dunger, meint es jedenfalls nicht!

Aber er ist ja auch Ratsmitglied, und vielleicht wird einer der Grünen nun sagen; dadurch wäre er dann wohl in seiner Meinung befangen!

Logische Folgerung daraus: Keine grünen Ratsmitglieder mehr, damit die Grünen wirklich frei bleiben! Sonst könnte man wirklich noch meinen, ein frei gewählter Ratsherr der Grünen dürfte auch noch selbst entscheiden.

Im Gegenteil: Er wird vorher ja nicht einmal gefragt!

Übrigens, was die Interessenkollision der Ratsmitglieder in dem Kirchberger Beschluß und die Meinung „der Grünen“ dazu betrifft; so wie „die Grünen“ es hier sehen, müßten eine ganze Menge wichtiger Beschlüsse in Zukunft wegen Beschlußunfähigkeit des Parlamentes ausfallen. Zum Beispiel ein Beschluß über den Wasserpreis. Davon haben alle Ratsmitglieder Vorteile!

Oder die Festsetzung der Grundsteuer. Wenn alle Grundstücksbesitzer den Rats-tisch verlassen müßten ... dann wohl auch die Grünen, denn sie wären gegebenenfalls Grundstücksbesitzer – und sei es auch nur Mitbesitzer einer „atom-waffenfreien Zone“.

Die Grünen wollen Kirchberger Ratsbeschluß vor Gericht zerren

Nur: Ihr einziger Vertreter im Stadtrat wußte nichts davon!

-b. b.- KIRCHBERG. Die Sondersitzung des Kirchberger Stadtrates über die Bereitstellung von Gelände für den eventuellen Bau einer US-Wohnsiedlung hat möglicherweise noch einen weiteren öffentlichen Beratungsteil – vor den Gerichtsschranken! In einer Pressemitteilung der Grünen heißt es:

„Die Grünen ziehen derzeit juristische Schritte gegen den Beschluß des Stadtrates vom 26. November, sich um eine weitere Wohnsiedlung für amerikanische Soldaten zu bemühen, in Erwägung. Über den Antrag hatten Ratsmitglieder mitabgestimmt, die nach eigenem Bekunden finanzielle Vorteile von einer weiteren Wohnsiedlung für amerikanische Soldaten hätten.“

Außerdem handelt es sich bei dieser Wohnsiedlung möglicherweise um eine militärische Anlage und somit wäre, laut Ausführungen von Bürgermeister Lanninger zu der Bürgerinitiative Kirchberg – atomwaffenfrei Zone, die Kompetenz des Stadtrates nicht gegeben und folglich dürfte dieser auch nicht initiativ werden.

Eine endgültige Entscheidung über juristische Schritte fällt am Montag, 10. Dezember, auf der Kreismitgliederversammlung der Grünen in Kastellaun.“

Fraktionssprecher Elsen von der Freien Wählergruppe meinte gestern in einer ersten Stellungnahme zu dieser Nachricht, er halte dies für einen Scherz. Die Gemeindeordnung sehe den Ausschluß von Ratsmitgliedern bei persönlichem Vorteil vor und nicht wenn sie Mitglieder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe

seien. Dann dürften schließlich alle Grundstückseigentümer und alle Gewerbetreibenden im Rat zum Beispiel auch nicht bei der Festlegung der Grund-, beziehungsweise Gewerbesteuer mit abstimmen. Auch den Hinweis der Grünen, daß die US-Wohnsiedlung möglicherweise eine militärische Anlage sei, bezeichnete Elsen als Scherz.

Bürgermeister Lanninger meinte zu der Ankündigung eines möglichen Prozesses: „Das sollen die Grünen ‘mal gerne tun, ich sehe der Sache gelassen entgegen.“

Werner Klockner, Ratsmitglied der SPD, meinte, er halte das Ganze „weniger für eine juristische, als eine moralische Frage“. Es hätten zwar einige Ratsherren bei der Abstimmung mitgewirkt, die vorher auch persönliche Vorteile beim Bau einer US-Wohnsiedlung während der Beratung angesprochen hätten, aber die Abstimmung habe letztlich so klare Mehrheitsverhältnisse ergeben, daß auch ein solcher Vorstoß der Grünen wohl kaum etwas an den Tatsachen ändern würde.

Und was sagt Dr. Hans Dunger, einziger Vertreter der Grünen im Kirchberger Stadtrat dazu? Er distanziert sich von dem Vorstoß der Grünen. Er wußte nichts davon und wurde erst nachträglich davon informiert! Dr. Hans Dunger gestern zur HZ: „Im Gegenteil, ich bin froh, daß auch Vertreter von Unternehmerseite, beziehungsweise Geschäftsleute im Stadtrat sind und würde einem Ausschluß solcher Ratsvertreter bei einem solchen Beschluß niemals meine Zustimmung geben.“

08.12.1984

Ja nicht sachkundig machen und Problemen stellen

„Der amerikanische Kongreß beschäftigte sich im Frühjahr 1983 mit den politischen, militärischen und strukturellen Problemen einer Atomraketenstation, die in der Verbandsgemeinde Kastellaun gebaut wird. Deshalb war ich äußerst gespannt auf die öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates Kastellaun, in der über einen Ausschuß zu diesem Komplex diskutiert werden sollte.

Das Ergebnis war erschütternd. Lauschte man den Ausführungen von CDU- und FDP-Vertretern, so konnte man glauben, da würde über irgend ein ‚Kinkerlitzchen‘ verhandelt. Originalton CDU: ‚Wo kämen wir denn da hin, wollten wir wegen jedem Bauvorhaben einen Ausschuß bilden‘.

Die beschwörende Rede von Willi Zimmer, der als Bürgermeister der Großgemeinde Bell um Hilfe bei den täglich anfallenden Problemen bat, wurde glatt ignoriert. Man will erst mal abwarten. Ja nicht sachkundig machen und den Problemen stellen.

Für unsere Volksvertreter eine Sache, die mal eben so — wenn überhaupt — im Bauausschuß behandelt wird. Sicher, man

muß auch gerecht sein. Wer bisher mit Turnhallen und Bürgersteigen beschäftigt war, ist da überfordert. Aber der gute Wille, sich sachkundig zu machen, hätte doch sichtbar werden müssen.

Wie ernst diese Volksvertreter den Verbandsgemeinderat selber nehmen, entlarvte der nächste Tagesordnungspunkt: Es sollte über Gelder abgestimmt werden, die zu Untersuchungen für Dorferneuerungsprogramm waren. Aber siehe da — jedes Für und Wider war fruchtlos, denn Verbandsbürgermeister Karl Löw hatte das Geld schon satzungswidrig ausgegeben. Als die Räte über die Bewilligung der Maßnahme diskutierten war diese schon fast abgeschlossen. Kein Wort der Kritik von CDU und FDP hierzu.

Man findet es wohl nach langer Erfahrung normal, daß sich der Verbandsbürgermeister nicht mehr an seine Kompetenzen hält.

Aber für wen 300 Millionen „irgend ein Bauvorhaben“ sind, was soll er sich da um mickrige 18500 Mark Steuergelder den Kopf zerbrechen.“

Reinhard Sczech, Bell

10.12.1984

... da es nicht der Wahrheit entspricht"

Zu: „Wenn die Grünen meinen . . .“
vom 8. Dezember:

„Der Artikel ‚Wenn die Grünen meinen . . .‘ von Herrn Baden bedarf einiger Richtigstellungen: Da hat sich nicht, wie Herr Baden schreibt, ein Grüner zu „den Grünen“ ernannt, sondern ich wurde am 25. Juni von einer Mitgliederversammlung ordnungsgemäß zum Vorsitzenden des Amtsverbandes Kirchberg der Grünen gewählt. In dieser Funktion habe ich auch die Pressemitteilung verfaßt — elgentlich ein ganz normaler Vorgang.

Herr Baden hat wohl noch Probleme mit dem Begriff „Basisdemokratie“. Basisdemokratie heißt, daß man nicht alle vier beziehungsweise fünf Jahre einen, wie er es nennt, „einzigen wirklich direkt Beteiligten“ wählt und den dann für den Rest der Wahlperiode machen läßt, sondern in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß sollen möglichst viele Leute, die sogenannte Basis, einbezogen werden.

Herr Baden oder Herr Hunger, wer es nun war, geht aus dem Artikel leider nicht klar hervor, behauptet, ich hätte „so etwas angeleiert“. Richtig ist, daß ich auf der Kreismitgliederversammlung der Grünen am 10. Dezember beantragen werde, daß die Grünen gegen den Kirchberger Ratsbeschuß Rechtsmittel einlegen. Die Entscheidung darüber trifft dann die Mitgliederversammlung, die Basis.

Wie der „einzige wirklich direkt Beteiligte“, Hans Hunger; dazu kommt, der Presse gegenüber zu erklären, er habe von diesem Vorhaben nichts gewußt, ist mir unklar, da es nicht der Wahrheit entspricht. Er wurde von mir darüber informiert, daß der Amtsverband Kirchberg der Grünen — übrigens ist Herr

Hunger kein Mitglied der Grünen — möglicherweise Rechtsmittel gegen den Stadtratsbeschuß einlegen wird.

All dies hätte Herr Baden leicht in Erfahrung bringen können, wenn er den „einzigen wirklich direkt Beteiligten“ der Pressemitteilung, nämlich mich als deren Verfasser angerufen hätte. Doch mit mir hat Herr Baden keine Verbindung aufgenommen. Intrigenspiel? Es sieht ganz danach aus.

Herr Badens Vergleich mit dem Wasserpreis stimmt auch nicht ganz, wie so vieles in seinem Artikel. Beschließt der Stadtrat, den Wasserpreis zu erhöhen, so gilt dieser neue Wasserpreis für alle Bürger, das heißt, alle Bürger sind von diesem Beschuß in gleichem Maße betroffen. Bei dem Beschuß bezüglich einer neuen Amerikaner-Wohnsiedlung sind aber nun mal nicht alle Bürger gleichermaßen betroffen. Im Gegenteil. Manche werden Nachteile von diesem Ratsbeschuß haben, beispielsweise die, denen man diese häßlichen Klötze vor die Nase bauen will. Einige wenige Geschäftsleute werden finanzielle Vorteile davon haben. So haben denn im Stadtrat Leute mitabgestimmt, die nach eigenem Bekunden zu dem zweitgenannten Personenkreis, nämlich dem mit den finanziellen Vorteilen, zu zählen sind. Die anderen Kirchberger Bürger hat wieder mal niemand nach ihrer Meinung gefragt — außer den Grünen. Die haben die Bürger per Flugblatt gebeten, ihnen mal ihre Meinung zu der geplanten neuen Amerikaner-Wohnsiedlung mitzuteilen.

Trotzdem fordert Herr Baden: Keine grünen Ratsmitglieder mehr!

Richtig so. Weg mit den Grünen, damit Friedrich Karl Flick endlich Bundeskanzler werden kann!“

Axel Weirich, Kirchberg

17. 11. 84

Missiles für Wüschheim

BONN. Das Verteidigungsministerium hat zum ersten Mal offiziell einen Stationierungsort für Marschflugkörper - Cruise Missiles - in der Bundesrepublik bekanntgegeben. Wie ein Sprecher der Hardthöhe bestätigte, hat Bonn die rheinland-pfälzische Landesregierung ermächtigt, den Raum Wüschheim im Hunsrück als Stationierungsbereich im Frieden zu bestätigen. Zugleich ließ das Ministerium wissen, daß Marschflugkörper in Greenham Common (Großbritannien) und Comiso (Sizilien) bereits aufgestellt worden seien. In der Bundesrepublik sollen gemäß dem NATO-Doppelbeschluß 108 Pershing-II-Raketen und 96 Cruise Missiles aufgestellt werden.

Bald 400. Startrampe

BONN. In wenigen Wochen wird die Sowjetunion nach Informationen des CDU-Wehrexperthen Willy Wimmer die 400. Startrampe für Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 fertiggestellt haben. In einer Erklärung äußerte Wimmer am Mittwoch in Bonn die Vermutung, daß die Installierung von SS-20-Raketen etwa 1987 zu Ende geht. Insgesamt dürfte mit rund 500 Startrampen zu rechnen sein. Da sie mindestens mit einer weiteren Rakete nachladefähig sind, seien dann rund 3 000 Sprengköpfe auf Westeuropa gerichtet. Die SS 20 hat drei atomare Gefechtsköpfe.

142 13.12.89

„Wer Krieg vorbereitet, bekommt Krieg . . .“

Zu: „Keine grundsätzliche Absage an Kirchberger US-Wohnsiedlung“ (HZ vom 5. 12. 1984):

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man herzlich lachen: Ohne Amerikaner fällt Kirchberg also zurück ins Mittelalter! Ohne Amerikaner wäre Rheinland-Pfalz also ein armes Land! Nur weil (noch) nicht in jedem Hunsrückdorf eine Housing besteht, zieht die Jugend weg, gibt es keine Wagner und Schmiede mehr! Auch die Verbandsgemeinde Kirchberg ist ohne Amerikaner nicht lebensfähig!

Diese Sätze sind kein Auszug aus dem neuen Programm des Kirchberger Karnevalvereins, sondern laut HZ vom 6. 12. 1984, Ausführungen des Fraktionssprechers der Christlich Demokratischen Union. Der Sprecher der Freien Wählergruppe, sieht gar die Attraktivität Kirchbergs sinken und fürchtet, ohne neue US-Militärsiedlung werde die „Stadt auf dem Berge“ dem Konkurrenzkampf mit den „Housing gesegneten“ Gemeinden wie Sohren, Büchenbeuren, Simmern usw. nicht gewachsen sein. Fazit: Die „Housing-Befürworter“ (nicht nur in

Kirchberg), sehen also in Militärprojekten die gesamte Grundlage ihres „Aufschwungs“ begründet!?

Auch vor 50 Jahren glaubte man durch Aufrüstung und allem, was damit zusammenhängt, besonders die strukturschwachen Gebiete zu beglücken. Die Folgen waren furchtbar! Die neuen US-Siedlungen, um die sich z. Z. Gemeinden wie Kirchberg, Büchenbeuren, Sohren, Simmern u. a. so vehement bemühen, sind selbstverständlich militärische Objekte, denn sie stehen in direktem Zusammenhang mit der bevorstehenden Stationierung weiterer Atomwaffen auf dem Hunsrück.

„Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor; wer Krieg vorbereitet, wird Krieg bekommen.“ Diese Sätze aus der Bergpredigt, sollten unsere Kommunalpolitiker in den Weihnachtstagen, wenn überall wieder vom „Frieden auf Erden“ gesprochen und gesungen wird, genauer überdenken. Franz Alt (Report, Baden-Baden) hat recht, wenn er feststellt: „... für eine Trennung von privater und politischer Ethik gibt es keinen einzigen Hinweis in der Bergpredigt.“

Klemens J. Probst, Sohren

HZ 15. / 16. 82. 84